

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 48.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postsparkonto 7718 Köln.

Köln, den 29. November 1912.

Inserationspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

13. Jahrg.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der am 21. November versammelt war, um zum päpstlichen Rundschreiben über die Gewerkschaftsbewegung Stellung zu nehmen, hat nach eingehender Prüfung der Sachlage den Beschluss gefasst, einen außerordentlichen Kongress der christlichen Gewerkschaften einzuberufen. Wenn diese Zeitung in die Hände der Leser kommt, wird der Kongress bereits stattgefunden haben (Dienstag, den 26. November, im städtischen Saalbau zu Essen).

Aufgabe des außerordentlichen Kongresses soll sein, die durch die Enzyklika geschaffene Lage zu klären und für unseren Teil den Gewerkschaftsstreit und die Stellung zur Enzyklika selbst, mit einer programmatischen Erklärung der obersten Instanz unserer Bewegung zum Abschluss zu bringen.

Der Kongress ist eine Notwendigkeit. Nicht um der Mitglieder unserer Organisationen willen; die wissen, wie wir stehen, und dass unsere Bewegung nicht von dem abweichen wird, was durch die Erklärungen der Leitung und durch den Dresdener Kongress festgelegt ist. An unseren Grundlagen wird nichts geändert werden, — davon sind alle christlichen Gewerkschaftler überzeugt.

Nichtdestoweniger hat die päpstliche Enzyklika zu Besorgnissen Anlass gegeben. Haben wir uns doch bisher stets bemüht, im besten Einvernehmen mit den Organen der Kirche zu wirken. Die päpstliche Enzyklika ist bei ihrer landläufigen Auslegung aber geeignet, dieses gute Einvernehmen in empfindlicher Weise zu stören. Es muss daher Klarheit geschaffen werden über das, was die Enzyklika will, damit jede Beunruhigung in unseren Mitgliederkreisen verschwindet. Ein Blick auf die Vorgänge im benachbarten Holland lehrt, dass diese Beunruhigung nicht eine völlig grundlose ist.

Der Kongress hat dann aber auch die Aufgabe, als eine machtvolle Kundgebung unserer Bewegung zu zeigen, was von all den Mitteilungen unserer Gegner — katholische Fachblätter, Sozialdemokraten und Judenten — über das Ende der christlichen Gewerkschaften zu halten ist. Vertrauen gilt es auch in jenen Kreisen für die christliche Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, die ihnen bisher noch nicht zugänglich waren, und deren Zugänglichkeit durch die demagogische Auslegung der Enzyklika seitens unserer Gegner wahrlich nicht erleichtert wurde.

Wir sind überzeugt, dass der Kongress seine Mission erfüllen wird. Schon die Tatsache seiner Einberufung hat klärend gewirkt. Offen und frei tritt nunmehr auch die katholische Presse jenen Auslegungen der Enzyklika entgegen, die auf ein Verbot für die katholischen Arbeiter, an interkonfessionellen Gewerkschaften teilzunehmen, hingen. So schreiben „Armonia“ und „Essener Volkszeitung“:

„Es würde heißen, mit verschiedenem Maße messen und Klassenjustiz üben, wenn der Beitritt der Katholiken zu den Gewerkschaften verboten, zu anderen Vereinen zugelassen würde.“

„Mit der übergroßen Mehrheit der deutschen Bischöfe vertritt aber fast das ganze katholische Deutschland die Ansicht, dass die Zusammenarbeit der Angehörigen der beiden christlichen Bekenntnisse auch auf Gebieten, die Religion und Sittlichkeit betreffen, unabweislich ist, wenn nicht die wesentlichen vaterländischen Interessen selbst, wenn nicht die Katholiken auf Einfluss in Staatsleben verzichten und wenn sie nicht so auch den Einfluss der Kirche verabsagen wollen.“

„Die christlichen Gewerkschaften brauchen deshalb um ihre Existenz nicht besorgt zu sein; Bischöfe und Volk stehen ihnen zur Seite.“

Und der Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter Justizrat Erimborn erklärte in einer großen Versammlung in Köln:

„Von einer Aufgabe, von einer Preisgabe der christlichen Gewerkschaften kann absolut keine Rede sein.“

„Ich zweifle nicht daran, dass die christlichen Gewerkschaften ruhig, entschlossen und fest auf der bisherigen Bahn weiter arbeiten werden, und dass alle, die an der christlich-nationalen Arbeiterbewegung interessiert sind — und das sind weite Kreise unseres Volkes, das ist unser gesamtes Volk — den christlichen Gewerkschaften wie bisher auch fernerhin in ihren Bestrebungen den besten Erfolg wünschen.“

Im Wettkampf der Arbeiterorganisationen untereinander ist schließlich das Entscheidende der Frage die praktische Bewährung. Weil die praktische Bewährung in diesem Kampfe schließlich den

Ausschlag gibt, deshalb zweifle ich nicht daran, dass die christlichen Gewerkschaften auch fernerhin oben bleiben werden; ich zweifle nicht daran, dass ihnen die Zukunft gehören wird. In unseren Kreisen ist die Sympathie für die christlichen Gewerkschaften ungemindert, es ist dieselbe Sympathie, die auf dem Aachener Katholikentage einen so überwältigenden Ausdruck gefunden hat. Ich rufe den christlichen Gewerkschaften zu ein frohgemutes Glück auf, vorwärts auf der bisherigen Bahn.“

Das sind Stimmen, die schon allein die Ankündigung des Kongresses ausgelöst hat. Und nicht daran zu zweifeln ist, dass der Kongress geradezu befreiend wirken wird, von dem lähmenden Druck, der uns die Arbeit ganz gewiss nicht erleichterte.

Möge der Kongress die an ihn geknüpften Hoffnungen erfüllen, möge er uns besonders dazu beitragen, dass allenthalben in deutschen Gauen die christlichen Gewerkschaften als eine Macht bewertet werden, die zu respektieren ist und die auch nicht im geringsten von ihren Zielen abweicht. Dann mögen Stürme über unsere Bewegung hinwegbrausen wie sie nur immer kommen mögen. Als unumstößliche Wahrheit wird sich dann bewähren, was in der Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vom 19. Juni 1912 geschrieben steht:

„Die gesamte christlich-nationale Arbeiter-schaft katholischer und evangelischer Konfession steht wie ein Mann fest in der unerschütterlichen Ueberzeugung von der wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeit ihres gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens.“

„Verkümmerung der gesetzlichen Rechte des Handwerks.“

Unter dieser viel versprechenden Ueberschrift ist in Nr. 46 des „Lischergewerk“, Organ des Rheinisch-Westfälischen Lischergewerksverbandes ein Leitartikel enthalten, der nicht unwiderprochen bleiben kann. In neuerer Zeit betreiben die Innungen, namentlich die unter dem Einfluss des obigen Verbandes stehenden, mit einem Eifer der einer besseren Sache würdig wäre, die Errichtung von Innungs-Krankenkassen. Selbst in solchen Orten, wo derartige Gründungen den Todeskeim von vornherein in sich tragen, glaubt man mit dieser Maßnahme der Hebung des Handwerks dienen zu können. Ein Schulbeispiel hierfür bietet uns Bottrop bei Essen. Das sich hier die Handwerksgehilfen der „Verkümmerung der gesetzlichen Rechte der Versicherten“ durch die Innung mit aller Entschiedenheit entgegenstellen, hat den besondern Aerger der leitenden Innungskreise erregt, wie dies sehr deutlich in dem oben bezeichneten Artikel zum Ausdruck kommt.

Wie liegen denn die Verhältnisse in Bottrop? Hier besteht eine Ortskrankenkasse, die rund 3000 Mitglieder zählt. Bis vor wenigen Jahren waren die Leistungen dieser Kasse nicht gerade günstig zu nennen. Vor zirka 2 Jahren ist dann auf Betreiben unserer Kollegen eine vollständige Umänderung der Satzungen, namentlich in Bezug auf Beiträge und Leistungen, durchgeführt. Das Krankengeld wurde für die höchste Klasse beispielsweise auf 3 Mk. pro Tag festgesetzt. Infolge dieser Reform rückte die Klasse mit an der erste Stelle der bestausgebauten Ortskrankenkassen des Industriegebietes. Der Aerger der Meister wegen der dadurch bedingten Erhöhung der Beiträge, machte sich damals schon in allerhand Bemerkungen Luft. Seit jener Zeit dahiert der Gedanke, eine Innungskrankenkasse für die Schreiner und Zimmerleute zu errichten. Im Sommer dieses Jahres ist dann endlich auf Betreiben der Meister die Kasse ins Leben gerufen.

Es muss ausdrücklich betont werden, dass mindestens 95 Prozent der Gesellen gegen Errichtung der Kasse waren. Die erste Differenz entstand durch die Besetzung der Rentantenstelle. Hierbei versuchen die Innungen, scheinbar sehr plausibel, noch Möglichkeit die sogenannten Mittelstandssekretäre, die von den Innungsausschüssen in den größeren Orten angestellt sind, in die Rentantenstellen hineinzubringen. Warum, ist sehr erklärlich. Man will durch diese von den Innungen abhängigen Rentanten keine möglichst genaue Auslese unter den angeblichen Druckbergern halten und diese dadurch dauernd aus der Kasse und damit von der Beschäftigung ausschließen. In diesem Sinne äußerte sich auch eine führende Persönlichkeit des Innungsausschusses in Essen, gelegentlich einer Innungsversammlung, wobei ebenfalls die Gründung einer Innungskasse zur Beratung stand. Wir erklären ausdrücklich, dass wirkliche Druckberger auch von uns nicht geschützt werden und, um dies einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen, auch gar nicht in Schutz genommen werden können. Wir haben aus unsern Gewerkschaftskassen selbst ganz ansehnliche Summen für Krankenerhaltung

aufzuwenden und kann uns deshalb eine gerechte korrekte Kontrolle auch nur erwünscht sein. Darüber allerdings, was wirkliche Druckberger oder chronisch veranlagte Kranke sind, gehen die Meinungen zwischen den Innungsmeistern und den Gesellen sehr weit auseinander. Aber gerade die mit chronischen Leiden behafteten Gesellen will man ausschalten, dagegen ferrigelunde Arbeiter einstellen, um dann gelegentlich mit Ueberlegenheit der Leistungen von Innungskassen gegenüber den allgemeinen Ortskrankenkassen aufwarten zu können.

Ein Schulbeispiel dieser Art war ja noch vor einigen Wochen in dem schon genannten „Lischergewerk“ zusammen gestellt, nachdem einige Tage vorher eine führende Persönlichkeit des Schreinerhandwerks, allerdings vergeblich versucht hatte, in der Versammlung im Rathhaussaal zu Essen den Beweis für diese Mehrleistung zu erbringen.

Es entspricht keineswegs den Tatsachen, dass die Gesellenvertreter in Bottrop nur einen Rentanten in Vorschlag gebracht haben, der 250 Mark mehr verlangte als der Sekretär des Innungsausschusses. Im Gegenteil hatten die Gesellen auch einen ganz unparteiischen Herrn in Vorschlag gebracht, der nicht nur nicht mehr beanspruchte als der Kandidat der Arbeitgeber, sondern der auch noch den Büroraum gratis zur Verfügung stellte. Also mit der Beweisführung ist es nicht. Dann die Unterschrift von 50 Gesellen angeblich zum Protest gegen die Haltung der Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder! Wie diese angeblichen 50 Unterschriften zustande gekommen sind, wissen wir nicht, festgelegt zu werden verdient jedoch, dass der Obermeister in der Vorstandssitzung der Innungskrankenkasse sich ganz entschieden weigerte, die Unterschriften den Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern vorzulegen. Die Sitzung verlief demzufolge resultatlos. Nichtdestoweniger erfolgte darauf hin durch den Vorsitzenden nichts mir nichts die geschwundene Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Innungskasse. Die Vorstandsmitglieder aus dem Innungsausschuss der Arbeitnehmer berieten hierauf eine öffentliche Versammlung ein, nach deren Verlauf den Herren Innungsausschüssen doch wohl die bessere Erkenntnis gekommen sein dürfte, dass die angekündigte Generalversammlung wurde nicht abgehalten.

Interessant ist noch folgendes: Im letzten Jahre vor der Statutenänderung hatte die Ortskrankenkasse in Bottrop ein Defizit von 5000 Mark. Im ersten Jahre darauf einen Ueberschuss von 11 000 Mark und in den ersten 3 Quartalen dieses Jahres einen Ueberschuss von 24 000 Mark. Nichtdestoweniger gehen unsere Innungsmeister dazu über und gründen sich für sage und schreibe 214 Versicherte eine besondere Innungskrankenkasse. Und da sage noch einer, die Meister hätten bei ihrem Vorgehen nicht die Interessen der Gesellen vertreten! Die Gesellen aber konnten derartigen Versicherungen der Meister keinen Glauben schenken, was durch nachstehende Resolution, die von den zirka 150 in der Versammlung anwesenden Gesellen einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck kommt. Mögen die Bottroper Meister dieser Entschliessung Rechnung tragen, dann wird wieder Ruhe im Gewerbe eintreten.

„Die heute im Lokale des Herrn Schmidt in Bottrop tagende öffentliche Versammlung der Handwerksgehilfen nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem neuerlichen Bestreben der Handwerksinnungen, immer mehr Innungskrankenkassen zu gründen.“

Die Versammlung bedauert dieses Bestreben auf das lebhafteste, weil sie der Ansicht ist, dass dadurch eine Zersplitterung im Krankenkassenwesen eintritt, was zum Nachteil der Versicherten pflichtigen sein muss.

Die Versammlung betrachtet in der Gründung von Innungskrankenkassen Sonderbestrebungen der Innungen, unter Aufhebung des Allgemeinwohles. Die Krankenversicherung kann nur dann segensreich wirken, wenn sie einheitlich gehandhabt und die Lasten der Versicherung auf die Schultern der Allgemeinheit verteilt werden.

Die Versammlung erwartet von den Gesellenausschüssen, dass sie mit aller Entschiedenheit die Zustimmung zur Gründung neuer Innungskrankenkassen, sowie auch zum Fortbestand der bestehenden Kassen verweigern.

Die Versammlung spricht ferner dem Gesellenausschuss des Schreiner- p. p. Zwangsinnung die volle Zustimmung für seine ablehnende Stellung zu dem Fortbestehen dieser Innungskrankenkassen aus und erklärt, dass sie mit der Taktik des Vorstandes der Arbeitnehmer der Innungskrankenkasse voll und ganz einverstanden ist.

„Schatten“

der deutschen Arbeiterversicherung.

Bei der Betrachtung unserer deutschen Arbeiterversicherung werden gewisse Kreise, in erster Linie Interessierte, nicht müde, immer wieder die angeblichen großen Schattenseiten derselben hervorzuheben. Nun soll gewiss nicht geleugnet werden, dass auch bei der Arbeiterversicherung sich gewisse Mängel und Missstände herausstellen können, doch das wäre nicht besonders. Ist doch alles Menschenwerk nur Stückenwerk und erst nach einem so großen und komplizierten Apparat wie im un-

soziales Versicherungsgezet darstellt. In der Form aber und in der Bestimmtheit, mit der bestimmte Vorwürfe gegen unsere soziale Versicherung erhoben werden, sind sie unberechtigt. Das ist wiederholt bereits von sachverständigen Männern, Leuten der Theorie wie der Praxis, hervorgehoben worden, aber wohl selten in so klarer und gründlicher Weise wie es der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Herr Dr. Kaufmann, auf dem 26. Berufsgenossenschaftstage in Hamburg, unlängst erfreulicher Weise getan hat in einem Vortrag, der soeben auch unter dem Titel „Licht und Schatten der Arbeiterversicherung“ als Broschüre erschienen ist. (Berlin, J. Springer). Nachdem Dr. Kaufmann die Lichtseiten der sozialen Versicherung hervorgehoben hat, kommt er auch auf die angeblichen Schattenseiten zu sprechen. „Zum Licht“, so schreibt er, „gehören die Schattenseiten.“ Sie läßt in den Anfängen großer, erfolgreicher Verkaufsergebnisse, freudiger Stolz über das glücklich Erreichte bisweilen in der Beurteilung zurücktreten. Das führt nicht selten zu einer rückfälligen Bewegung. Die Schattenseiten werden dann allzu scharf betont, während den Lichtseiten nicht mehr hinreichend Rechnung getragen wird. Ähnliches beobachten wir bei der Arbeiterversicherung. Dem Postmann folgt auch hier das Kreuzige ihn.

Als eine der wichtigsten Schattenseiten der Arbeiterversicherung wird zunächst folgende hervorgehoben: daß die Ausgaben für die Arbeiterversicherung die Grenzen des Erträglichsten überschritten hätten. Die deutsche Industrie sei durch das Uebermaß der sozialen Lasten bedroht. Das läßt Herr Dr. Kaufmann nicht gelten. Gewiß, „betont er“, sind die hohen Aufwendungen für die Arbeiterversicherung, zumal von Unternehmern mittlerer und kleinerer Betriebe, oft schwer empfunden worden. Berufsgenossenschaften, die viele solcher Betriebe umfassen, haben es erfahren. Trotzdem hat unsere Industrie bisher ohne Schaden für ihre Wettbewerbsfähigkeit diese Opfer getragen. Denn sie erwiesen sich nicht als bloße Belastung, sondern haben sich zum großen Teile bezahlt gemacht. Die mannigfaltigen unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen unserer Arbeiterversicherung, vor allem die durch sie gehobene Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit, Konsum- und Kaufkraft der breiten Massen sind für das gesamte Wirtschaftsleben segensreich geworden. Alles dieses muß als Guthaben in die Rechnung eingestellt werden, wenn die nach Abzug der ausgleichenden Vorteile verbleibende Reinelastung ermittelt werden soll. Ein Vergleich der Ausgaben für die Arbeiterversicherung etwa mit den Lohnsummen, dem Aktienkapital oder der Dividende bei einzelnen Betrieben kann hierüber ein einwandfreies Bild nicht ergeben. Es war kein Zufall, daß die Zeit des gewaltigen Aufschwungs der deutschen Volkswirtschaft mit der durchgreifenden Verbesserung der Lage unserer Arbeiter zusammenfiel. Hier bestanden nahe innere Zusammenhänge. Bei Einführung der sozialen Fürsorge dachte wegen der ungewissen Folgen des lebhaft umstrittenen Sprunges ins Dunkle befürchtet werden, daß die neue, noch lange Zeit wachsende Last die deutsche Volkswirtschaft drücken könnte. Seitdem haben wir die hohe Bedeutung der Arbeiterversicherung für die Wohlfahrt der Nation, unsere Gesamtanregung und die Schaffenskraft der einzelnen Betriebe kennen gelernt. Wir haben, wie Hobbes prophetisch Wort von dem Ursprung der verbündeten Gedanken der unversöhnlichen Nothwendigkeit sich allmählich erfüllt. Auch unsere Mitbewerber auf dem Weltmarkt nehmen die Lasten einer Sozialversicherung auf sich. Diese nationale Versicherungsprämie zahlt jetzt nicht nur der Deutsche, sondern auch der ausländische Unternehmer. Soweit es noch nicht der Fall ist, bringen die Lasten der Haftpflicht des ausländischen Unternehmers einen gewissen Ausgleich. Unter diesen Umständen erscheinen heute, auch wegen der neuen Anforderungen der Reichsversicherungsordnung, erste Sorgen um unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr berechtigt.

Der zweite Hauptvorwurf, der unserer Arbeiterversicherung gemacht wird ist der, die Arbeiterversicherung habe anstatt zu läutern und zu erheben, auf die Arbeiter entfühlend eingewirkt, und bei ihm die Rentenlüge großgezogen. Auch dieser Behauptung widerspricht Herr Dr. Kaufmann, indem er schreibt: „Der Behauptung, daß die neue Gesetzgebung zur Entfühlung der deutschen Arbeiter geführt und die Rentenlüge bei ihnen großgezogen habe, muß ebenfalls widersprochen werden. Unzweifelhaft hat die Sucht kraftloser und stillosch minderwertiger Naturen, sich auf unlautere Art Vorteile zu verschaffen, bei der Arbeiterversicherung zu manchen Versuchen geführt, ihre Einrichtungen durch Simulation und Uebertreibung von Krankheiten oder Unfallschäden zu mißbrauchen. Dies ist eine bedauerliche, aber keine neue oder der Arbeiterversicherung eigentümliche Erscheinung. Auch auf andern Gebieten und bei den wirtschaftlich besser gestellten Ständen ist sie anzutreffen. Bei letzteren, wie die Versicherungsgesellschaften wissen und erfahrene Ärzte bestätigen, keinesfalls seltene, oft aber viel harntädiger wie bei den Arbeitern. Diese sind eben nicht besser, aber auch nicht schlechter als der Durchschnitt der Nation. Mit Recht dürfen sie sich dagegen verwahren, daß kürzlich ein Gerichtshof bei Bestrafung eines Arbeiters wegen verachteter Unfallrentenerschleichung, „die in weiten Kreisen der Arbeiter stark verbreitete Ansicht, daß ein rechtswidriger Vermögensvorteil auf Kosten der vermögenden Berufsgenossenschaft nicht als unehrenhaft gelte, als strafmildernd berücksichtigt hat.“ Der Umfang der Simulation unter den Rentenbewerbern sei entschieden überschätzt worden. 8 Prozent erscheint heute, da sorgfältigere Beobachtungen und größere Erfahrungen vorliegen, vielen Ärzten noch als zu hoch. Einer der erfährndsten Sachverständigen in dieser Frage, Ehiem, erklärte 1909: „Der hier und da noch auftretenden Ansicht, daß die Simulation erst durch die Arbeitergesetze großgezogen oder durch sie in besonders reichem Maße hervorgerufen sei, muß ebenso widersprochen werden, wie der Meinung, die Betrugsversuche kämen unter den Arbeitern besonders häufig vor. Ich habe diese irrigen Anschauungen in Wort und Schrift, wo sich mir Gelegenheit fand, bekämpft, und eine Reihe von erfahrenen einsichtigen Forschern steht auf demselben Standpunkte.“ Die Ausführungen des Herrn Dr. Kaufmann, die auch sonst noch eine Reihe sogenannter „Schattenseiten“ beachten, gewinnen dadurch besondere Bedeutung, daß sie von einem Manne herkommen, der als Präsident des Reichsversicherungsamtes an der Spitze des ganzen Versicherungswesens stehend, zu einer objektiven Würdigung derselben am ersten berufen ist. Gleichwohl wäre es verkehrt, es erwarten zu wollen, daß die Klagen in der Folgezeit mehr verstummen würden. Die Leute werden nicht verschwinden, die sich nur schwer zu einer sozialen Auffassung bequemen und speziell auch zu einem Freund unserer Arbeiterversicherung werden. Allen denjenigen aber, die sich belehren lassen, werden die Ausführungen Herrn Dr. Kaufmanns recht bemerkenswert sein.

Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe. (Oktober 1912.)

Nach den Berichten industrieller Organisationen soll die Lage in den ostdeutschen Sägewerken nicht so günstig gewesen sein wie im Vormonat. Zurückgeführt wird dieses „auf einen für das Frühjahr in Aussicht stehenden allgemeinen Holzarbeiterstreik.“ Die Fabriken für Jaloufien, Holzpfaster, Ripen und Bierfässer waren ausreißend, zum Teil gut mit Aufträgen versehen. Einige Berichte aus der Möbelfabrikation bezeichnen die Lage als schlecht, während andere Berichte aus Groß-Berlin günstig lauten,

doch wurde auch hier über das Ausbleiben von Aufträgen geklagt. Das ganze Geschäft leide an Überproduktion, der Folge stark gedrückte Preise seien. In Korbmachen war das Geschäft im allgemeinen gut, die Ausfuhr nach vielen Ländern zu wünschen übrig. In der Bürkenindustrie wird die Lage als gut geschildd. Das gleiche gilt auch von der Schirmindustrie. Die Orgelfabrikation hatte gut zu tun, da noch zahlreiche Aufträge von früher vorlagen. Abschüsse und Einholungen von Angeboten sind wesentlich zurückgegangen, was jedoch das Ende der Bauzeit zurückzuführen ist. Es bestand keine Angabe der Arbeitgeber großer Mangel an tüchtigen Arbeitkräften. Die Automobilfabriken waren im Berichtsmonte voll beschäftigt. Im Eisenbahnwagenbau war die Beschäftigung gut, zum Teil sehr gut. In der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, die im allgemeinen noch gut war, ist eine gewisse Verschlechterung eingetreten, einerseits, weil die Ernten erledigt sind und andererseits, weil die Abschüsse für das nächste Jahr, soweit sie die Balken betreffen, unterbunden sind. Im Wandwebstuhlbau war die Beschäftigung im Berichtsmonte mäßig, sogar schlecht; infolge des Balkankrieges trat eine geringere Verschlechterung gegenüber dem Vormonat ein.

Die öffentlichen Arbeitsnachweissestellen berichteten für den Monat Oktober ein Angebot von 165 männlichen und 110 weiblichen Arbeitern auf 100 offene Stellen. Die im August eingefetzte Vermehrung der Arbeitsgesuche angehalten. Auch gegen das Vorjahr bedeuten die gegebenen Zahlen nach folgender Vergleichstabelle eine Verschlechterung.

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche:

Geschlecht	März		April		Mai		Juni	
	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912
männlich	201	154	157	170	128	172	189	141
weiblich	82	73	66	77	55	87	68	81

Geschlecht	Juli		August		September		Oktober	
	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912
männlich	131	137	111	117	109	133	138	161
weiblich	103	95	96	84	90	102	77	111

Aus den einzelnen Gebieten berichten die Arbeitsnachweissestellen folgendes: In der Holzindustrie Berlins war die Lage in allen Zweigen gedrückt; am Monatschluß waren 2460 Arbeitslose vorhanden. Ein leichter Rückgang machte sich in Brandenburger und Lützenwalde bemerkbar, wogegen in Rathenow die Beschäftigung befriedigend blieb; daselbe gilt von der Korbmachen in Rastin und der Fasanerzierung in Berlin. — Der Bericht über den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck lautet sehr ungünstig, wobei bemerkt wird, daß die Jahreszeit wohl kaum allein ausschlaggebend sei. — Westfalen meldet ein Steigen der Zahl der Arbeitsuchenden, wogegen die Nachfrage nach Arbeitskräften ganz erheblich sank. In der Gruppe Holzindustrie kamen auf 100 offene Stellen 132 Arbeitsuchende. — In Rheinland war das Holzgewerbe am erheblichsten rückgängig der Arbeitsangebote beteiligt. — In der Industrie Holz- und Schnitzstoffe wurden nach dem Berichte der Arbeitsnachweissestelle Frankfurt a. M. Neueinstellungen in größeren Betrieben nicht vorgenommen; dagegen wurden Schreiner für Kunstschaffens- und Ausbesserungsarbeiten verlangt. Die meisten Arbeitsuchenden konnten untergebracht werden. Für Rülser war noch reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden. Alle Bewerber wurden untergebracht. Nach dem Berichte des sog. Holzarbeiterverbandes in der Arbeitslosigkeit im Oktober einen ziemlich hohen Grad erreicht, wovon vornehmlich das Baugewerbe betroffen war. In einzelnen Betrieben wurde die Arbeitszeit verkürzt. Die Aussichten auf eine gute Beschäftigung für den Winter sind nach demselben Bericht äußerst gering. In Mainz war ziemlich Nachfrage nach Schnitzern, jedoch meistens für kleinere Betriebe, bei den Bildhauern war der Geschäftsgang gut. In Darmstadt war die Möbelfabrikation

Oberölkofen — Düsseldorf — Solingen.

Da sagt noch einer, die Sozialdemokraten hätten noch niemals gezeigt, daß sie die Welt besser regieren könnten, als wie die „verrottete bürgerliche Gesellschaft!“

Wer sehen will die Ueberlegenheit sozialdemokratischer Verwaltungskunst, der lese nach die Großtaten der sozialdemokratischen Größen des Rönneburger Sanitätsverbandes im Sanatorium zu Oberölkofen. Der gehe nach Düsseldorf und lasse sich da erzählen, welche Verdienste sich Sozialdemokraten um das Ansehen der dortigen Ortskrankenkasse erworben haben. Der gehe jetzt nach Solingen und studiere dort weiter.

Der Strug geht so lange zum Brannen, bis er bricht, sagt ein altes Sprichwort. Das hat sich jetzt wieder bewahrheitet. Lange war es in Solingen ein offenes Geheimnis, daß in der Allgemeinen Ortskrankenkasse sehr vieles faul sein müsse. Was immer vermutet, hier und da auch leise ausgesprochen wurde, ist nun aus Tageslicht gekommen. Eine Lotteriwirtschaft, die jahrelang angehalten hat, ist schließlich doch so verrotten und faul geworden, daß sie in sich zusammenbrach.

Nach den bisherigen Schätzungen kann als höchst angenommen werden, daß die Wirtschaft in der Kasse diese Einrichtung um mindestens 100 000 Mark gekostet hat. Jetzt wird es auch klar, warum die gefällige Höhe des Reservefonds nicht erreicht werden konnte. In den letzten Jahren wurden so gut wie keine Rücklagen gemacht, einmal sogar Gelder verpraselt. Nach dem Rechnungsergebnis und Berichtsabschluss pro 1910 betragen die Einnahmen 26 750 Mark, die Ausgaben 28 165 Mark und der Reservefonds 23 000 Mark. Der Reservefonds beträgt 23 000 Mark, er sollte jedoch betragen 22 500 Mk.

Der Revisor der Kasse Reinhard wie auch der zweite Vorsitzende der Kasse, der Lederwarenfabrikant Siekmann wurden verhaftet. Die Befugnisse und Obliegenheiten der Kasse hat die Aufsichtsbehörde übernommen.

Dem Revisor sind Verantwaltungen in Höhe von 80 000 Mark nachgewiesen.

Die Vorstandsmitglieder haben die Lotteriwirtschaft des Revisors Reinhard direkt begünstigt, indem sie von ihm Geld annahmen, wo sie sich doch bei nur etwas ruhiger Ueberlegung sagen mußten, daß das Geld der Kasse gestohlen war. Reinhard hat mit vollen Händen das Geld der Kassenmitglieder an sich in Gesellschaft guter Freunde und „Damen“ verpraselt. Kostspielige Reisen sind durch Reinhard in Gesellschaft von Vorstandsmitgliedern gemacht worden; die von der Aufsichtsbehörde vorgenommenen Revisionen haben nichts aus Tageslicht gebracht.

Kassenrevisionen des Vorstandes hatten gar keinen Wert, da die Vorstandsmitglieder sich an der Kasse unrechtmäßig bereichert hatten und mithin nicht wagen durften, dem Revisor für Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung Vorwürfe zu machen. Durch Anzeigen bei der Behörde ist nun die Gesellschaft endgültig zum „Klappen“ gekommen. Reinhard wurde von der Polizei verurteilt und ihm soviel „Sünden“ vorgehalten, daß er teilweise ein Geständnis ablegte. Er hat die Rechnungen der Ärzte gefälscht, die Vorhänge, die er an die Ärzte zahlte, schienen später kein Abschluß in der Summe noch einmal. Weiter hat er, und darin ist die größte Summe der Verantwaltungen zu sehen, die Juwelierarbeiten nicht verwandt, sich über das Geld dafür angeeignet. Diese Verantwaltungen hat R. eingestanden.

Bei der Untersuchung der Dinge durch die Behörde werden immer neue Unterschlagungen und Betrügereien entdeckt; auf Rechnungen der Ärzte und Apotheken sind die Dattungen gefälscht, einige

von ihnen haben seit Jahr und Tag ihr Geld nicht bekommen, während ihre Rechnungsbeträge in den Büchern als Ausgabe erscheinen. Durch die singelnen Rechnungen über angeblich gelieferte Waren werden übrigens mehrere Lieferanten der Kasse schwer der Mitwisserschaft, wenn nicht der Mittäterschaft verdächtigt.

Es ist nun aber die Frage zu erheben, weshalb nicht die übrigen Angestellten der Kasse, die doch der Lotteriwirtschaft schon längst als solche erkannt haben mußten, hiervon der Aufsichtsbehörde Mitteilung gemacht haben. Hierzu steht nun fest, daß außer dem Revisor kein Beamter der Kasse seit Jahren ein Hauptbuch in die Hand bekommen hat und daß die Beamten sowohl vom Revisor als vom ersten Vorsitzenden Knoth, der beim Beginn der Untersuchung zunächst den Ueberraschten und Unschuldigen spielen wollte, ausdrücklich verboten wurde, sich in die inneren Kassenangelegenheiten zu kümmern oder davon zu sprechen. Sie hatten wohl alle ihre eigenen Gedanken über das verschwenderische Leben Reinhard's und über die gemeinsamen Vergnügungsbereise mit den beiden Vorsitzenden, sie wußten auch, daß die Kasse häufig kein Geld war, sie hatten aber keine Beweise für ihre Vermutungen und schwiegen deshalb, um ihre Stellen nicht zu verlieren. Wer es wagte, auch nur den leisesten Versuch der Kritik einer Einrichtung zu unternehmen, hätte die wirtschaftliche Schädigung und Vernichtung zu befürchten gehabt. Die Aufsichtsbehörde hat sich durch die raffinierten Betrüger täuschen lassen. Das stets mit großem Eifer vom Kassenvorstand in die Bürgerwelt getragene Ergebnis der amtlichen Revisionen, das immer günstig ausfiel, hat die an der Kasse interessierten Kreise bisher abgehalten, sich eingehend mit dem inneren Betrieb der Kasse zu beschäftigen.

Der erste Vorsitzende der Kasse, der sozialdemokratische Stadtverordnet Jakob Knoth, führte eine Kuponnei mit dem

vollbeschäftigt. Arbeiter auf seine polierte Möbel wurden gesucht. Kaufschreiner war dagegen der Berichtsmonat auffallend schlecht. Tapezierer auf Kundheitsarbeit war in Frankfurt a. M. die Arbeitsgelegenheit vorhanden. In Wiesbaden sind Tapezierer nach der Beendigung der Saison arbeitslos. In Mainz war bei den Tapezieren die Geschäftslage ziemlich abnehmend. — Aus Bayern meldet Bamberg für Schreiner belebteren Arbeitsmarkt. In Fürth war die Lage der Industrie günstig. Nicht günstig für Schreiner war die Lage in Regensburg. In Lindau waren Schreiner gesucht. In Wiggshafen war gute Nachfrage nach Tapezieren; gering die Nachfrage nach Schreiner und Wagnern. In München fanden Schreiner genügend Beschäftigung, während die Lage für Schreiner in Nürnberg nicht verbesserte. Inheim verzeichnet im Holzgewerbe ein Ueberangebot von Kräften. In München waren Möbelschreiner und Tapezierer beschäftigt; faulen Geschäftslage hatten die Wagner; gering war die Arbeitsgelegenheit für Kaufschreiner. — Aus Regensburg meldet Stüttgart einen Rückgang des Ueberbedarfs; nur Drechsler konnten nicht genug gestellt werden. In Regensburg waren Schreiner und Wagner befriedigend beschäftigt; Glasler war die Lage weniger günstig. In Heilbronn und Mangel an Glasern und Rüstern; Ueberfluß war an einem vorhanden. — Infolge guter Bautätigkeit waren in badischen Städten Baden-Baden, Freiburg, Isruhe und Pforzheim Glasler und Schreiner gesucht. Nach den Meldungen der Gewerkschaften im Holzgewerbe sind bei diesen die Arbeitslosenziffern folgendermaßen:

Arbeitslose (am Orte und auf der Heimreise) auf 100 Mitglieder Ende der letzten Woche des Monats.	Oktober 1912		Sept. 1912		Okt. 1911	
	männl.	weibl.	m.	w.	m.	w.
Bildhauerverband	7,2	—	7,2	5,4	7,7	—
Tapeziererverband	7,2	2,1	7,1	1,7	3,6	—
Glaserverband	6,5	—	6,5	5,6	3,7	—
Holzarbeiterverband	3,2	0,6	3,1	2,4	2,1	—
Gewerksverein der Holzarb.	1,4	—	1,4	0,9	1,1	—
Christlicher Bildhauer	4,2	—	4,2	—	0,3	—
Christlicher Holzarbeiter	0,9	—	0,9	0,7	—	—

Die Betriebskrankenkassen der Holz- und Schnitzindustrie mit 12391 männlichen und 2881 weiblichen Mitgliedern zeigen im Berichtsmonat eine Abnahme von männlichen und eine Zunahme von 22 weiblichen Mitgliedern.

Vom Holzzuwachs.

Hinsichtlich des Massenzuwachses an Holz können die Wachstumsbedingungen oder Gelege für den einzelnen, bzw. freistehenden Baum nicht ohne weiteres auf den ganzen Waldbestand übernommen werden, da durch den nachbarlichen Stand, dem Wachstum in beengtem Raume gewisse Unerwünschte und Veränderungen im Wachstumsverhältnisse, wie auch in der Holzbonität der Bäume sich verursachen, so daß der Zuwachs des Bestandes im allgemeinen ein geringerer ist als der einzelner, aber einzelner erwachsener Stämme. Beim Baumzuwachs kommen der Stärke- und der durch die vereinigte Wirkung dieser Wachstumsarten entstehende Massenzuwachs in Betracht. Der Längen- oder Längenzuwachs ist anfangs bei allen Holzarten, besonders bei Kernholzarten gering und fällt seine Entwicklung hauptsächlich in das Frühjahr und in den Hochsommer. Der Durchmesser erreicht schon im Stangenholzalter des Baumes seine Höchstleistung, erhält sich eine Zeit lang auf derselben und sinkt wieder, besonders rasch nach Eintritt der vollen Lebenszeit, sog. Raumbarteit des Baumes bis zum völligen Wachstumsstadium im höheren Alter. Dieser Stillstand gibt sich durch Abplattung der Krone, eventl. sogar Fortstocher zu erkennen. Das Längenzuwachstum ist je nach den Holzarten verschieden; außerdem wirken Standort, Baumstellung, Kulturbedingung und Witterungseinflüsse während der Vegetations- und Wachstumszeit hierauf ein. Abgesehen von der Kernholz-

tiefer erreichen die Nadelhölzer unter sonst gleichen Verhältnissen fast stets eine etwas größere Höhe als die Laubhölzer, unter denen die Eiche bei zugrundem Boden und sonst gleichen Umständen immer höher wächst, als beispielsweise der Epitahorn, und die Rotbuche höher als die Hainbuche. Mineralisch kräftiger, insbesondere tiefgründiger Boden und feuchtwarme Witterung, zumal im Mai, begünstigen das Höhenwachstum im gleichen Grade, wie es entgegengesetzte Verhältnisse beeinträchtigen. Mit sinkender Bonität des Holzes rückt das Maximum sowohl des laufend-jährlichen, als des durchschnittlichen Längenzuwachstums in ein immer höheres Lebensalter des Baumes. Hinsichtlich der Baumstellung galt früher die Annahme, daß ein möglichst geschlossener Stand bis ins höhere Alter das Höhenwachstum begünstige; jetzt gilt die im allgemeinen als zutreffend erwiesene Annahme, daß der mittlere Schlusgrad dem Höhenwachstum am günstigsten sei. Auch eine maßvoll betriebene Grünastung steigert das Höhenwachstum. Der Stärkenzuwachs, das Dickenwachstum, oder die Umfangzunahme der einheimischen Waldbäume ist in deren Jugend ebenfalls gering und es beginnt die Hauptentwicklung des Stärkenzuwachses erst nach Beendeten Kampfe der Stämme um die Herrschaft über vorwüchsige Pflanzen und nachdem die erste Durchforstung eingelegt wurde. Die Höchstleistung im Dickenwachstum fällt damit auf einen späteren Zeitpunkt als es beim Längenzuwachstum der Fall ist. Das Dickenwachstum zeigt sich nicht durch das Maximum der absoluten Jahrringbreite (linearer Zuwachs), sondern durch das Maximum der Jahrringfläche (den Flächenzuwachs) an, weil die Jahrringfläche bei gleichbleibender Breite der Jahrringe mit zunehmender Entfernung von der Schaftmitte noch zunimmt. Im allgemeinen steht der Stärkenflächenzuwachs im geraden Verhältnisse zu der Bestockung und Blattmenge. Daraus erklärt sich, daß der untere Teil des astfreien Schaftes mehr der Walzenform entspricht, dagegen der obere bestockte Schaft (Kronenteil) mehr einem Kegell gleich. Das im letzten Satze Gesagte gilt allerdings für die im Schlusse aufgewachsenen Bäume nur mit Einschränkung, so daß z. B. bei Buchen in geschlossenem Stande eine stetige, sehr langsame und erst im Bereiche der Kronen raschere Abnahme des Schaftes nach oben zu finden ist. Am freistehenden Stamme ist der Stärkenzuwachs unter sonst gleichen Verhältnissen größer als am im geschlossenen Bestande stehenden Baume. Der Zeitpunkt des höchsten Massen- oder Volumenzuwachses wird wesentlich von der Baumstellung bedingt und ist der Massenzuwachs das Ergebnis des vereinigten Höhen- und Stärkenzuwachses.

Bei der Beurteilung des Zuwachses ganzer Holzbestände ist nicht nur die Zuwachsmasse des Einzelstammes, sondern auch die Anzahl der Stämme zu berücksichtigen. Hierbei tritt der Gegensatz auf, daß der durchschnittliche Massengehalt des geschlossenen Bestandes in dem Maße abnimmt, als die Stammzahl größer wird. Die geringeren Böden und die ungünstigen, nämlich hohen und rauhen Lagen weisen im allgemeinen stammreichere Bestände auf, als kräftige Böden und mildere Lagen. Als Regel für günstige Zuwachsförderung bei Beständen gilt die sorgfältige Erhaltung des Kronenschlusses in der Jugendperiode bis zur Zeit des Hauptlängenwachstums und die räumlichere Stellung für das spätere Lebensalter der Bäume. Der Zuwachsabgang ist bei geschlossenem Stande größer als im Freien, weil in jenem auf gleich großer Fläche mehr Stämme vorhanden sind und weil durch engen Stand und dem damit einhergehenden Luft- und Lichtschluß und die Reibung der Baumkronen durch Windeinwirkung mehr Dürreholz erzeugt wird.

Inbesondere durch einen nach Zeit und Art gut geleiteten Durchforstungs- und Ausfästungsbetrieb wird der Wertzuwachs der Bestände gefördert und gesteigert. Inbesseren sind auch sachgemäße Verjüngung und entsprechende Bestandesmischung hierauf von Einfluß. Im allgemeinen steigt der Qualitätszuwachs, vollkommene Gesundheit der Bäume vorausgesetzt, namentlich für Nadelholzarten, wie Eiche, Kiefer Fichte usw. mit zunehmendem Alter, während in Brennholzbeständen (Rotbuche) der größte gesteigerte Wertzuwachs viel zeitiger eintritt. Für die Holzwirtschaft empfiehlt sich von Jugend auf geschlossener Bestand, weil dieser auf Astfreiheit, Vollholzigkeit, Spaltigkeit und andere wertvolle technische Eigenschaften des Holzes hinwirkt. Sowie sich aber astfreie Stämme von entsprechender Länge gebildet haben, sind stärkere Durchforstungen angezeigt. Die „Trodenschaft“, die abgestorbene oder funktionslose Baumteile entfernt, erhöht den Qualitätszuwachs, weil sie das den Wert des Bau- und Schnittholzes wesentlich vermindernde Einwachsen der abgestorbenen Äste verhindert. Die

Trodenschaft hat zumal bei den Nadelhölzern und der Eiche im etwa 30-jährigem Alter der Bestände zu beginnen. In Grünastungen ist Maß zu halten; sie sind von ca. 5 zu 5 Jahren zu wiederholen.

Meinungsäußerungen aus Mitgliedertreffen.

Ein Wort an die Drechsler.
Wohl keine andere Zeit ist der Agitation für unsern Verband so günstig als die jetzige. Wer das gewerkschaftliche Leben verfolgt, der wird sehen, daß jetzt von jeder Organisation mit Hochdruck in der Agitation gearbeitet wird.

Ist es nicht von uns ein Fehler, daß wir fast immer nur die allgemeine Agitation im Auge haben und die einzelnen Berufe sich selbst überlassen? Und gerade der Drechslerberuf ist in der Agitation etwas vernachlässigt worden. Woran dies liegt, sei hier nicht zu unteruchen. Aber notwendig erscheint es, uns an dieser Stelle mit dem Drechslerberuf etwas näher zu beschäftigen.

Diegen nicht gerade im Drechslerberuf die Dinge am schlechtesten? Ueber diese Frage sollten sich alle Berufskollegen Rechenschaft geben. Berufskollegen! bis jetzt haben wir wenig von uns hören lassen; aber auch wir wollen jetzt mal zeigen, daß wir auch leben. Sollen wir etwa gegen andere Berufe zurückziehen? Nein! Nein, dann müssen wir zeigen, daß in unserm Beruf gerade soviel Zusammengehörigkeitsgefühl und Opferfreudigkeit vorhanden ist, als in andern Berufen. Wir müssen den andern Berufen zeigen, daß das, was ihnen möglich war zu erreichen, für uns nicht unmöglich ist.

Nur einige Fragen seien angeschnitten, um alle Kollegen auf die schlechte Lage in unserm Beruf aufmerksam zu machen. Mögen die Feilen dazu dienen, daß auch wir bei der Agitation mehr berücksichtigt werden. Was ist denn noch von unserm einstigen Kunsthandwerk übrig geblieben? Im 18. Jahrhundert hatte unser Beruf seine höchste Vollendung erreicht. Im Laufe der Zeit ist immer mehr und mehr von unserer Kunst verloren gegangen. Wie hat gerade unser Handwerk in den letzten Jahrzehnten unter den einzelnen Stützrichtungen gelitten! Auch die maschinelle Entwicklung hat unsern Beruf nicht verschont; sie hat heute schon kaum Halt gemacht. Die maschinelle Entwicklung hat auch dazu geführt, daß wir heute im Drechslerberuf etwa 40 verschiedene Branchen haben. Wie hat sich gerade die Holzbranche spezialisiert! Wie überaus traurig liegen die Verhältnisse in der Massenartikelfabrikation! Wieviel Berufskollegen sind nicht schon in andere Berufe übergegangen, um dort lohnendere Arbeit zu erhalten!

Berufskollegen! dieses alles betrachtet, wäre es dringend an der Zeit, daß wir unsere Gleichgültigkeit ablegen und in eine frisch-fröhliche Agitation eintreten. Kollegen in Ost und West, in Süd und Nord, zeigt jetzt einmal, daß wir nicht hinter den andern Berufen zurückstehen. Benutzt auch die Stunde, um in unserm Organ eine Aussprache über unsern Beruf herbeizuführen. Die Aussprache würde vorteilhaft zeigen, wie in unserm Berufe die Dinge in den einzelnen Landes-teilen liegen. Es könnten schließlich Mittel und Wege gefunden werden, um eine allgemeine Agitation unter den Drechslern zu veranstalten. Wir könnten dann schließlich mit dem Antrage auf Bildung eines Zentralausschusses an unsern Hauptvorstand herantreten. Kollegen zeigt, daß auch wir ein Interesse an der Organisation haben. Vorwärts in die Agitation unter den Drechslern! Es gilt noch eine große Zahl Berufskollegen zu organisieren. Wer wollte da zurückbleiben? Wer wollte in der Agitation nicht seinen Mann stehen? Für uns alle muß es jetzt in der Agitation heißen, „alle Mann an Deck.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 48. **Wochenbeitrag** für die Zeit vom 24. bis 30. November fällig ist.

Die Zahlstelle Wald erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 30 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 80 Pfg.)

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 70 Pfg.) erhalten die Zahlstellen Sonnef und Siegburg.

Das Protokoll des Dresdener Kongresses geht den Zahlstellen mit der dieswöchentlichen Zeitungsendung zu.

Mitgliedsbücher. Bei Einfindung von Aufnahmebegehren, ist in jedem Fall auf dem Schein selbst zu bemerken was für ein Buch dafür ausgestellt werden soll. (Brauner Umschlag 50 Pfg. Hauptkastenbeitrag; grüner Umschlag: 25 Pfg. Hauptkastenbeitrag.)

Der Wegweiser ist neu erschienen. Zahlstellen die noch keine Bestellungen machten, werden um baldige Nachbestellung gebeten.

Beizogene Mitgliedbücher. Nr. 72109 Heim. Knapp; Nr. 74463 Heim. Moritz; Nr. 78958 Anton Sillgen; Nr. 80005 Johann Curtus; Nr. 85180 W. Siffelbötter.

Die Arbeitslosenmeldebarte ist spätestens am 4. Dezember anzugeben, auch dann, wenn im November in der Zahlstelle

Bankanten. Er hat nicht nur selbst unrechtmäßiger Geld vom Rendanten angenommen — über 1000 Mark — er hat auch selbst Vorküsse der Kasse genommen und hat es gewußt, daß das Vorstandsmittel Hoffmann große Beträge — bis zu 12 000 Mk. — der Kasse erhalten die zum Teil als sog. Darlehen getragen wurden, obwohl die Kasse infolge der Verschlagungen ein kein Geld hatte, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Der zweite Vorsitzende Kartonagenfabrikant Otto Lehmann hat sich der Unterschlagung und Uebernahme schuldig gemacht. U. a. verkaufte er ein Geldschrank und sonstige Möbelstücke der Kasse, die aber nicht daran, den Erlös der Kasse abzugeben. Weiter fälschte er eine Quittung, um in den Kasse von Geld zu kommen. Nach seinem Stundenschein hat er 600—800 Mark vom Rendanten Reinhold erhalten, während H. selbst 5—600 Mark an die Giehmann erhalten hat.

Das Vorstandsmittelgied Albers, ein waschechter Hesse und Beamter des „freien“ Metallarbeiterverbandes hat sich 1000 Mark aus der Kasse verabsorgen lassen und sie zu Vergnügungszwecken verwandt. Albers hat sich regelmäßig „Vorküsse“ von Reinhold zahlen lassen, obwohl er überhaupt keine Ansprüche an die Kasse hatte.

Das Vorstandsmittelgied Bauunternehmer Wajsmann, benutzte die Kasse, um sich durch Anleihen aus Geldverlegenheiten zu bringen. Er hat Beträge von 10- und 20 000 Mark aus der Kasse geholt.

Der sozialdemokratische Agitator Kümle, ein unbekannter Diskussionsredner und hiesiger Christenprediger, ist ebenfalls in die Angelegenheit verwickelt. Er hat sich als Vorstandsmittelgied Geld geben lassen, es allerdings später wieder zurückgezahlt. Wie kann aber ein Vorstandsmittelgied sich vom Rendanten Geld geben läßt und sich

gelage mit ihm abhält, diesen auf seine Mißwirtschaft aufmerksam machen?

Die sozialdemokratische Presse bemüht sich natürlich, alle Schuld von der sozialistischen Mehrheit im Kassenvorstande abzuwälzen. So erklärt die rote „Vergiftete Arbeiterstimme“, daß der Rendant Reinhard nichts mit der Sozialdemokratie zu tun habe und dem Vorstand der Kasse von der Aufsichtsbehörde aufgedrängt worden sei. Die sozialdemokratische Mehrheit des Kassenvorstandes — nicht alle Vorstandsmittelglieder von dieser Seite — und mehrere bürgerliche Arbeitgebervorstandsmittelglieder, die mit den sozialdemokratischen Führern der Kasse ein Herz und eine Seele waren, haben die Mißwirtschaft jahrelang geduldet, nicht dagegen Einspruch erhoben, ob sie ihnen zum Teil, wie jetzt festgestellt ist, bekannt war, obwohl sie selbst unrechtmäßigerweise Gelder aus der Kasse bezogen haben. Daß Reinhard Sozialdemokrat ist, wird auch nicht behauptet; dieser zullebte tat er aber alles. Aber daß er der Kasse aufgedrungen sei, ist direkt falsch, da der Vorstand ihn einstimmig gewählt hat.

Es hört sich mehr wie sonderbar an, wenn die „Verg. Arbeiterstimme“ schreibt, die beteiligten Genossen hätten nicht gewußt, daß es sich bei den Veruntreuungen um Kassengelder gehandelt hätte. So viel steht fest, daß das Komplott gemeinsame Zechereien in den Bars der Nachbarstädte abgehalten hat, von denen sie sich sagen mußten, daß der splendide Rendant für diese Schlemmereien das Geld aus der Ortskrankenkasse entnommen haben mußte; 200—300 Mark hat die Gesellschaft des öfteren an einem Abend in Aln, Düsseldorf und Elberfeld vergeudet.

Was würde nun erst werden, wenn Genossen a la Solingen mit der Verwaltung der Finanzen eines Staatswezens betraut würden?

weder Arbeitslose, Durchreisende noch Kranke vorhanden waren. In diesem Falle ist nur die Mitgliederzahl anzugeben.

Da in den letzten Monaten wiederholt Mahnungen von der Geschäftsstelle aus an eine Reihe Zahlstellen versandt werden mußten, ehe die Karten einliefen, wird um pünktliche Einfindung gebeten.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten von

Fisclern und Maschinenarbeitern nach Magdeburg (Machmaschinenfabrik Rundlos.) Sөөк (Westfälische Tischfabrik Otto Jahn).

Zur großen Tarifbewegung im Holzgewerbe

nahm die Zahlstelle Düsseldorf des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands in einer großen Versammlung eingehend Stellung. Nach einer Erläuterung der einschlägigen Verhältnisse durch die Verwaltung und nach lebhafter Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die heute im Paulushause tagende, sehr gut besuchte außerordentliche Mitglieder-Versammlung beschließt, den für Groß-Düsseldorf im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifvertrag für das Schreinerergewerbe zu kündigen. Sie geht von der Erwartung aus, daß es möglich sein werde, den Neuabschluss des Vertrages auf friedlichem Wege zu tätigen und hofft, daß die Arbeitgeber des Schreinerergewerbes den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft ihre Entgegenkommen nicht verweigern werden.“

Ferner beschließt die Versammlung den für die Firma Gebrüder Schöndorf & S. noch bestehenden Sondervertrag ebenfalls zu kündigen und verlangt mit aller Entschiedenheit, daß das in diesem Betriebe bestehende Arbeitsmonopol des deutschen (sozialdemokratischen) Holzarbeiterverbandes ein für allemal beseitigt wird. Dasselbe läuft der im wirtschaftlichen Leben unbedingte notwendigen Bewegungsfreiheit zuwider und schneidet der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft die Arbeitsmöglichkeit ein.

Desgleichen richtet die Versammlung an den Zentralvorstand die dringende Bitte, mit aller Energie dafür einzutreten, daß in der zentralen Schiedskommission des Holzgewerbes auch ein Mitglied unseres Verbandes ständig vertreten ist. Letzteres ermöglicht sie im Interesse einer gleichmäßigen Reiterentwicklung des Tarifgebietes als eine unerlässliche Notwendigkeit.

Die Versammlung bezieht sich zum Zentralvorstand sowohl, wie zur Ortsverwaltung das feste Vertrauen, daß sie die Interessen der gesamten Holzarbeiterschaft und des Verbandes in der richtigen Weise vertreten werden und beauftragt die Ortsverwaltung, in Gemeinschaft mit der Lokalkommission die weiteren notwendigen Schritte vorzubereiten. Sie verspricht ferner, den Verband auf allen Seiten für tätig zu unterstützen und ihr Möglichstes zur Ausbreitung und Stärkung desselben beizutragen.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Reinhold-Zweig. Auch die jüngsten Kollegen haben den Weg zur Organisation gefunden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im einzelnen Bezirk sind aber auch danach angehen, den Kollegen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu zeigen. Wenn in fast allen größeren Orten des deutschen Reiches bereits Tarifverträge abgeschlossen sind und dadurch die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert sind, so liegen hier die Verhältnisse noch sehr im arge. In Reinhold selbst hat, wie wir hören, der rote Holzarbeiter-Verband einen Tarif, dessen Bedingungen uns unbekannt sind, abgeschlossen. Jedoch betrifft dieser Tarif fast nur Schreiner. In der Birkenhainstraße usw., wo die Verhältnisse am traurigsten liegen, wird es noch vieler Arbeit bedürfen, bevor die Arbeiterschaft der Schreiner angestrichelte Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Von Kollegen, der Leitung ist durch Schenkung einer Geschäftsstelle gemacht. Jetzt ist es unsere Aufgabe, zu wirken und zu agitieren, damit auch der letzte Holzarbeiter, mag er nun zu dieser oder jener Branche gehören, für den Zentralverband christlicher Holzarbeiter gewonnen ist.

Jan. Am Sonntag, den 16. Nov. hielt unsere Zahlstelle eine Schreiner-Versammlung, anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens ab. Ein reichhaltiges Programm hatte für ein volles Haus geführt. Es herrschte denn auch im allgemeinen eine recht hohe, puerliche Stimmung. Die Hauptredner hielten ihre Reden und brachten sie zwei humorvolle Einwürfe würdevoll zum Vortrag. Daß es für die Zahlstelle wie auch für den Fernverband sehr lehrreich war, was der Vorsitzende, Kollege Wolf, über die Entwicklung der Zahlstelle und die von ihr geleistete Arbeit ausführte. Am 15. Nov. 1912 wurde die Zahlstelle durch vier Mitglieder gegründet. Drei der Gründer gehören noch heute der Zahlstelle an. Es sind dies die Kollegen Emil Linnemann, Wilhelm Schmidt und Johann Beute. Im Laufe der 10 Jahre hat die Zahlstelle 450 Mitglieder gewonnen. Heutzutage hat 60 Kollegen mit Angehörigen von anderen Zahlstellen 14, bestehend aus 524 Namen aufweist. Am Sonntag des Jahres 1902 hatte die Zahlstelle es auf 15 Mitglieder gebracht. Heute gehören derselben 136 Mitglieder an. Die Zahlstelle hat bei Lohnbewegungen, die hinsichtlich ihrer Stärke beachtet werden konnten. Eine Lohnbewegung auf der Hagenstraße und eine Aufhebung, wenn 40 Kollegen beteiligt waren, betrafen 10 Kollegen. Der Erfolg der Lohnbewegungen ist sehr zu bejahren, daß im Jahre 1903 der Gehalt 38 Pfg. betrug, daß er aber im Jahre 1912 62 Pfg. erreicht. Die Lohnbewegung betrug 1902 mindestens 63 Stunden, 1912 wird sie mindestens mit 23 Stunden betragen. Es ist also eine Lohnbewegung, wenn man den Gehalt gegen den jetzigen Lohnstand ansetzt, von 24 Pfg. pro Stunde auf eine Lohnbewegung von 10 Stunden mindestens erreicht werden. Die Lohnbewegung des Verbandes ist durch die Kollegen sehr gut an den Kollegen in der Zahlstelle und ist jetzt auch in der Zahlstelle. 1902-1903 wurde ein außerordentlich Deutscher von 20 Pfg. gezahlt, jetzt hat die Zahlstelle auf 30 Pfg. Die Gehälter für die Zahlstelle betragen insgesamt 15500,70 Mk. Die Gehälter werden für den Staat und für die Zahlstellen für 6700 Mk. Die Zahlstelle hat eine Gesamtzahl von 6700 Mk. und eine

gabe von über 6000 Mk. Doch nicht bloß die Lohn- und Arbeitsbedingungen sucht der Verband für seine Mitglieder zu verbessern, sondern er bemüht sich auch die allgemeine und Fachbildung zu fördern. Es wurden im Laufe der Jahre über 50 Vorträge, ein Buchführungskursus, zwei Zeich- und Polierkurse und ein Zeichen- und Holzbearbeitungskursus abgehalten. — Die angeführten Zahlen bezeugen, eine Fülle von finanziellen und persönlichen Opfern und wenn da noch gesagt wird, die Gewerkschaftsbewegung sei zwecklos, so versteht man nicht das Leben und Wirken eines Verbandes. Wer hätte sonst die Kräfte gesammelt und nutzbar gemacht, für den Stand gearbeitet, dem Allgemeinwohl in der Weise gebietet und die Standesehre so gefördert, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung es läte. — Den drei Veteranen, die seit der Gründung nicht nur Mitglieder waren, sondern Vorstandsposten bis in die letzte Zeit hinein bekleideten, überreichte die Zahlstelle ein Geschenk, für ihre treue, opferwillige und pflichtbewusste Arbeit. Möge das Fest dazu beigetragen haben, das Vertrauen zwischen Vorstand und Mitglieder zu bestärken und daß die Arbeit mit neuem Mut wieder begonnen wird, damit wir so weiter arbeiten können zum Nutzen der ganzen Arbeiterschaft, wie im vergangenen Jahrzehnt.

Kolmar i. Posen. Am Sonntag den 10. November fand hier selbst im großen Saal des Schützenhauses eine von unserm Verband einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand ein Referat unseres Bezirksleiters über das Thema: Sind die christlichen Gewerkschaften für Kolmar eine Notwendigkeit? Bis auf den letzten Platz standen Hunderte von Personen, die an Tischen keine Plätze mehr fanden. Welches Interesse vorhanden war, zeigte, daß selbst der Landrat Freiherr von Plethenberg anwesend war. Die Kolmarer Kreiszeitung bringt in ihrer Nr. 133 über die Versammlung folgenden Bericht: „Es muß von vornweg gesagt werden: Eine solche Versammlung wie die geführte hat in Kolmar noch nicht stattgefunden; die Versammlung, die 4 volle Stunden währte, hätte wohl, wenn der Saal noch länger zur Verfügung gestanden und alle sich zur Diskussion Meldenden zu Wort gekommen wären, bis Mitternacht gedauert und die Szenen, die sich manchmal abspielten, spotten jeder Beschreibung. Zuerst nahm Herr Müller-Posen das Wort. Er sprach über die Entwicklung der Industrie in Deutschland, das Wachstum des Proletariats, die Gewerkschaftsbewegung, die christliche in besonderer, die Notwendigkeit des Großkapitals beim Bergbau, bei Fabriken und anderen industriellen Unternehmungen, die Zersplitterung der Gewerkschaften, deren Urheber nicht die Christlichen, sondern die Sozialdemokraten sind, u. a. m. Der Referent wurde manchmal so durch Juruse unterbrochen, daß er unverständlich blieb, und selbst von sozialdemokratischer Seite nach dem Vortrage gebeten wurde, die Juruse zu unterlassen. Nun wurde Herr Gewerkschaftssekretär Schöppel-Danzig das Wort erteilt, der sich als sehr gewandter Redner erwies und auf die verschiedenen Zwischenrufe schlagfertig zu erwidern wußte. Redner führte u. a. aus, daß die Christlichen nur dann einen Streit führen, wenn es nicht anders gehe, daß sie politische Massenstreiks vermeiden, daß die Christlichen in notwendigen Streiks mit den Sozialdemokraten Schulter an Schulter stehen, so beim letzten Streit im Holzgewerbe in Schönauke, Schindlerbewegung Elbing usw., daß selbst sozialdemokratische Führer die Einigkeit und Ausdauer der Christlichen bei Streiks rühmend anerkannt haben, daß die christlichen Gewerkschaften aber notwendig seien, weil die Sozialdemokraten des Christentums bekämpfen und die Arbeiterorganisationen zu politischen Zwecken mißbrauchen, daß erst dann die Zersplitterung aufhören würde, wenn es keine Sozialdemokraten mehr gäbe, daß die Prophezeiung des Abgeordneten Hue die christliche Gewerkschaftsbewegung humpelte auf den letzten faulen Krüden einher, ebenso wie die Prophezeiung Babels vom Zukunftsstaat sich nicht erfüllt habe, daß die Christlichen nicht mehr verlangen, als daß diejenigen, die noch dem Glauben an Gott treu geblieben sind, sich ihnen anschließen, daß sie auf andere Mitglieder verzichten, und daß die christlichen Gewerkschaften in Kolmar ebenso wie in Schneidmühl trotz der Sozialdemokratie sich entwickeln werden. Hiermit wurde die Diskussion eröffnet. Der Tischler Herr Rönig von hier führte nun an Hand eines sozialdemokratischen Flugblattes aus, daß der freie Holzarbeiterverband im Jahre 1911 mehr an Mitgliedern gewonnen habe, als der christliche Holzarbeiterverband überhaupt Mitglieder in ganz Deutschland zählt (der christliche Verband hat aber proportional doppelt soviel Mitglieder gewonnen als der freie), daß die Unterstützungen, die der freie Holzarbeiterverband in den 4 Jahren 1908-1911 geleistet hat, fast 20mal soviel betragen, als der christliche Holzarbeiterverband in dem gleichen Zeitraum für dieselben Zwecke aufgebracht hat, und daß von Seiten der christlichen Zahlstellen ausgedrückt werde, Herr Schöppel entwarf diese Angriffe und gab einen Überblick, wie sich die Unterstützungen in Einzelheiten darstellten. Es folgten:

Table with 4 columns: Support type, Christian workers' union, Free (social democratic) workers' union, and amount. Rows include: Unterstützung der Zahlstellen, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, and Streikunterstützung.

ein Verbleib gewesen wäre, dieselben zu überlegen. Die Sammlung hat aber der Arbeiterschaft von Kolmar erst mal die wahre Gesicht der freien Gewerkschaften gezeigt. Wir wünschen nur, daß die „Genossen“ noch häufiger zu uns kommen. Melbeten sich doch nach der Versammlung gleich eine Anzahl Arbeiter zum Eintritt in die christliche Gewerkschaft. Während dieses Jahres, ist bereits eine gute Ortsgruppe der Arbeiter ins Leben gerufen. Jetzt heißt es bei unseren Kollegen erst recht mit aller Kraft an der Aufklärung der gesamten Arbeiterschaft Kolmars gearbeitet, damit auch für die übrigen christlichen Verbände dort Ortsgruppen ins Leben gerufen werden. Der Kampf zum Sieg!

Wald. Am Samstag den 23. November hielt unsere Zahlstelle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Erhöhung des Lokalbeitrages. Der Vorsitzende legte den zahlreich erschienenen Kollegen die Notwendigkeit erhöhter Opferwilligkeit dar. Durch den 24 wöchentlichen Kampf der Stodarbeiter ist unsere Kasse erschöpft. Deshalb müssen wir Mittel und Wege finden, um uns erneut einen Fortschritt zu schaffen. Bei den Kollegen fanden die Ausführungen Anklang. Es wurde beschlossen, ab 1. Januar 1913 einen Beitrag von 80 Pfg. zu erheben und die Krankenunterstützung aus der Lokalkasse beizubehalten. — Im weiteren Verlauf der Versammlung hielt Kollege Geborn vom christlichen Metallarbeiterverband einen Vortrag über die Aussperrung in Mendon und die Wirtschaft in der Solinger Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Hamm i. B. In unserer Stadt hat sich ein „Genosse“ auf dem Hofenboden gesetzt, Feder und Tinte zur Hand genommen und ein Artikel „geschrieft“, welcher in Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu lesen ist. Die nächste Wirkung bei uns war der Aufruhr allgemeiner Hetzerkeit. „Es ist alles schon dagewesen“ in den Klubs. Dieser Ausspruch muß revidiert werden. Wir hatten uns wenigstens, seine Nichtigkeit in Zweifel zu ziehen, gestrichelt der Leistung des Genossenschaftlers, durch Verbreitung und Fortsetzung von Falschungen an der Wahrheit vorbeizukommen. Der erste Satz mag stimmen, daß wir die Mehrheit haben. Ja, lieber strenger Sittenrichter, daß hat man doch bisher noch nie bei uns gegeben und nun fängt Du gleich an: „Wo die Christlichen Mehrheit haben.“ — Sonst habt Ihr doch nicht wenig nominiert mit der größeren Mitgliederzahl. Bei dieser Gelegenheit dürfen wir wohl aus der Vergangenheit folgendes in Erinnerung bringen. Als wir vor zwei Jahren das erstmalig zusammen arbeiteten, verlief die erste Sitzung resultatlos, trotzdem der Gaukler Meyer und unser Kollege Schmid hierhergekommen waren, aus dem einfachen Grunde, weil der damalige Vorsitzende der roten Zahlstelle es versuchte fertig zu bringen, zu seinen rund 40 Mitgliedern noch 30 hinzu zu — reden. Auf den Leim fielen wir nicht herein. Am 14. Tagen waren denn ja auch von den 72 Mitgliedern nur 42 vorhanden. Wir ließen es gerade sein. Berühmt meinte das ein Holzgenosse, daß inzwischen „viele Kollegen“ abgereist seien. Nun, jedenfalls haben wir in Hamm die 30 leer stehenden Hockbänke nicht entdeden können, an denen die verschmähten Kollegen bisher geschäftet haben sollten. — Nun zur Intoleranz der Christlichen in Hamm. Der liebe Schriftsteller hat gewiß geglaubt, schreibe ein Drama. Phantasie hat er genug entwickelt. Aber ein Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle „bebe.“ — Die allgemeine Anklage, daß die armen „Genossen“ so oft unsere Intoleranz erfahren haben, können wir nicht eingehen. In dem diesbezüglichen Satz der genannten Epistel ist wohl der Kern des Berichts der Phantasie am meisten verkörpert. Nun erzählt uns „Genosse“: „Als jüngst in der Tischlerei Landmann ein neuer irtender Arbeiter von unseren Kollegen nach seinen Organisationsverhältnissen gefragt wurde, machte das einige Christen rebellisch. Man ging sogar soweit, unsere Kollegen auf der Straße zu ärgern und zu beschimpfen. Am anderen Morgen setzte die Polizei wieder ein und ein ganz besonders liebevoller Christ verfolgte einen unserer Kollegen ein paar Ohrfeigen.“ — Schredlich! Schredlich! Zum Verständnis unserer Kollegen diene zunächst folgendes: Es sind in dem genannten Betriebe freigewerkschaftliche Kollegen beschäftigt, mit denen man auf gewerkschaftlichem Gebiete wohl zusammen arbeiten kann. Zu diesen gehört der Vertrauensmann und Ortsklassierer des roten Verbandes. Zwischen diesem und unserem Vertrauensmann bestand die Abmachung, daß bei Agitation nach folgendem Grundsatz verfahren wurde: Neu eintretende Leute werden von beiden Richtungen befragt, wie sie sich organisieren wollen. Nach der abgegebenen Erklärung des betreffenden wird er dann von der anderen Richtung in Ruhe gelassen. Damit kam man leblich aus bis ein rabulierender Genosse an der Büchse erschien. Unsere beteiligten Kollegen schilbernen obigen Vorgang so: Der neu eingetretene Mann wird zunächst vom „Genossen“ Dume „bearbeitet.“ Trotzdem gibt derselbe am Nachmittag unserem Vertrauensmann die bestimmte Erklärung ab, daß er sich christlich und nicht rot organisieren wolle. Danach mußte man eigentlich nach obiger Abmachung Ruhe herrschen, was auch bis den Nachmittag der Fall gewesen ist. Bis zum anderen Morgen hatte sich der „Genosse“ Dume aber anders besonnen. Er meinte nach echter Genossenmanier die „Bearbeitung“ des „neuen Christen“ dieser sah sich gezwungen, bei den älteren Kollegen über die so geführte Anrempelung der Genossen Beschwerde zu erheben. Am Freitagabend mußte unser Kollege, umschwärmt von einem ganzen Genossentropf von über einem Duzend Mann, seinen Heimweg antreten. Mit Recht mißte sich unser Vertrauensmann in diese Gesellschaft. Und als Dume die Ausrufung tat: „Ihr wollen friedlich sein“, veranlaßt durch den jungen Kollegen, bei ihm das Unberechtigte seines Benehmens vorhielt, sagte er zu ihm: „Ganz recht Kollege Dume, wenn wir friedlich sein wollen, dann verlangen wir, daß Du unseren Kollegen in Ruhe läßt.“ Darauf blickte Dume mit seinem Fähnlein zurück. Das wäre die Beschimpfungskomödie von der der Genossenschaftler zu melden weiß. Am anderen Morgen, also am dritten Tag, ging einer unserer älteren Kollegen vor der Arbeitzeit zu Dume und sagte zu ihm ruhig: „Dume, wenn Du hier fortgesetzt vor uns Anstand machst, dann zeige Dich auch anständig unseren Kollegen gegenüber. Nun sprudelte es aus hagerfüllter Brust über die Lippen des „Genossen“ hervor: „Dämlicher Christ usw.“ Daß eine solche Erwidern unserer Kollegen in Harnisch brachte, ist wohl zu verstehen. Als dieses billigen wir es nicht, wenn unser Kollege dem roten Kollegen kühnly Ohrfeigen geben hat, wie die Holzarbeiter-Zeitung berichtet. Man sollte aber so christlich sein und zugeben, daß der „Genosse“ nicht ganz unschuldig an die Ohrfeigen kam. Nun wunder dich, Schriftsteller auch, daß wir die von den „Genossen“ einberufenen Versammlungen nicht besucht haben. Als wenn die „Genossen“ ganz allein über gemeinsame Versammlungen bestimmen hätten! Jedenfalls ist unsere Ortsverwaltung nicht beunruhigt worden.

einen Vergleich hingearbeitet worden. Genausch resp. sein Rechtsbestand haben sich dazu bereit, wahrheitsgemäß in der nächsten Erwartung, daß im Termin gegen Genausch Widerklage erhoben würde wegen dessen schriftlichen Aussagen im Korrespondenzblatt. Der formale Rechtsstreit halber würde G. zweifelsohne auch eine Strafe publiziert erhalten haben. Es erschien in diesem Falle richtiger, die Erklärung abzugeben, daß Kollege Janzen es bedauert, dem „Genossen“ Genausch jene Instruktionen an den Kopf gemornt zu haben, da G. tatsächlich nicht der Urheber der Verteilung ist. Für die Weiterverbreitung der Verteilung waren die Ausbrüche ein etwas „zu scharfer Tabak“. Jeder vernünftige Mensch wird sich sagen, daß es richtiger und ehrenvoller gehandelt ist, einen Termin mit Bewauern einzugesetzen, als eine Geldstrafe von vielleicht 100 Mk. und die nicht geringen Gerichtskosten für das Nachforschungsverständnis des Termins zu tragen. Daß uns nunmehr der „Genosse“ Genausch so gereinigt erscheint, daß er als das Symbol der Unschuld hieselben kann, vermögen wir nicht zu behaupten.

Der Ausgang dieser Sache ist ein sprechender Beweis dafür, daß unsere Kollegen bei ihren Behauptungen die äußerste Vorsicht walten lassen müssen. Ganz unvorsichtlich steht fest, daß unter Kollege Schneider in ganz gewissenhafter Weise aus den Reihen des sozial. Kapazitätenverbandes heraus verurteilt worden ist. Wer der Urheber der Verteilung ist, weiß nicht sich selber durch vollständig einwandfreie Zeugen (die Mitglieder des sozial. Verbandes) selber dabei von vornherein aus) nicht nachweisen. Genausch ist irrtümlich als Urheber angesprochen worden. Das Ergebnis dieser Verteilung liegt jetzt vor. Die peinlichste Vorsicht bei der Nennung von Namen muß daher von allen Kollegen, die für ihr Organ schreiben, verlangt werden.

Der Klage des „Genossen“ Genausch gegen unseren Kollegen Janzen ging voraus eine Klage unseres Kollegen Schneiber gegen Genausch. Kollege Schneiber hat die Klage auf Wunsch des Verbandes zurückgezogen, da diesem eine Klage gegen den Urheber der Verteilung wichtiger erschien und die selbständigen formellen Verteilungen, die G. gegen G., im Korrespondenzblatt vorbrachte, einer Klage nicht wert erschienen. In unserem Verbandsitz bisher immer so gehalten worden, daß man die kleinen Klaffer laufen ließ. Wenn geklagt wird, dann nur wegen ehrenrühriger Behauptungen, gegen den richtigen Mann. Sollte man allerdings voraussehen, daß Genausch Klage ankränge, nachdem die Klage gegen ihn rückgängig gemacht war, dann wäre letzteres gewiß unerwünscht. Dann hätte auch er zum mindesten „bewauern“ müssen.

Daß die Klageret den roten Verband auch nur in etwa genügt hat, wird kein Mensch behaupten können. Nach wie vor steht fest, daß jene Verteilung gegen unseren Kollegen Schneiber aus seinen Reihen hervorgegangen ist. Wir haben nicht die Hoffnung, daß sich der rote Verband dazu aufschwingen wird, den Urheber der Verteilung — der sich die Instruktionen aneignen kann, die irrtümlich dem „Genossen“ Genausch zugehört — als unwürdig der Mitgliedschaft zu erklären, und ihn an den wohlbedienten Tronger zu stellen. Solange das nicht geschieht, laßt auf dem roten Verbands das Obium, daß es die Untergrundskräfte eines ehrlichen Verleumders ist.

Beleuchtung. Am 12. Nov. trat für Duisburg die 58. ständige Arbeiterversammlung in Kraft. Selber ohne Lohnausgleich. Doch wenn wir den Wert der Arbeiterversammlung richtig einschätzen, so ist dieses wohl zu verschmerzen. Wie oft müssen nicht schwerere Beispiele vorausgehen, um eine Stunde an der Arbeitslosigkeit abzugeben. Wenn wir ohne Kampf mit einer Belohnung von 5 Pf. pro Stunde es damals durchsetzen, so ist der Erfolg doch von großem Wert. Wo es eben angeht, dürfte es sich empfehlen, daß die Kollegen auf einen Aufschlag des Lohnes dringen, damit der Ausgleich erfolgt wird. In Betracht kommen vor

Dingen die Kollegen, die mit weniger guten Löhnen in letzter Zeit neu eintraten. — In der letzten Versammlung wurde angesetzt, wieder einen Kampf zu eröffnen. Es wurde aber davon Abstand genommen, da der hiesige lat. Gefellenverein eine Nachabteilung für Kapazitäten und Sattler gegründet hat und so mit für die meisten Mitglieder in Bezug auf soziale Weiterbildung gesorgt ist. — Die Kollegen seien darauf aufmerksam gemacht, daß am nächsten Mittwoch in unserer Mitgliederversammlung ein Vortrag über die gelben Gewerkschaften gehalten wird. Zur Stelle muß jeder Kollege sein.

Brief. In Nr. 45 des „Sollarbeiter“ haben wir bereits mitgeteilt, daß die „Genossen“ bei der Firma Keller wieder einmal „aus dem Häuschen“ waren. Nun haben sie einen gründlichen Demützel erhalten, dessen Inhalt sie sich wohl merken werden. Wie kleinlaut sie heute sind und welche Reue sie unter ihnen herrscht, kann man aus jeder Zeile, die sie im „Korrespondenzblatt“ der Sache widmen, herauslesen. Der Grund des großartigen Streikes (Streikes kann man kaum sagen), ist der infernalische Haß gegen die christliche Organisation. Der Haß hat sie zu ihrem Handeln ganz instinktiv gezwungen. Das ist natürlich, der mit Umgehung der Verbandsleitung wie des Sekretärs inszeniert wurde: „Wir setzen ja ein, eine Dummheit gemacht zu haben, aber wir haben nicht anders handeln können.“ Wo haben denn die Kollegen der „freien“ Organisation da ihre Augen geschlossen? Wo bleibt denn das selbständige freie Denken, Fühlen und Handeln der Einzelnen bei der sog. „Kulturbewegung“? Mühsen sich denn alle ins Wasser springen, wenn der eine unbedacht hin ein will? Dies mögen schon manche von ihnen selbst bezeugt haben, aber dennoch haben sie nicht den Mut, sich von dem Terror des sog. Verbandes und dessen Prinzipien frei zu machen. Der rote Terror schreiet unbestimmt um das Wohl und Wehe der Einzelnen, die weiterhin noch an die Utopie des sozial. Programms glauben, sich davon nicht freimachen können und von den Führern als Spielball mißbrauchen lassen, sind wirklich um ihren Gläubigen zu bemitleiden. Es liegt nun an unseren Kollegen, zur Aufklärung des Falles Keller möglichst beizutragen, die innere und äußere Gewerkschaftsarbeit mit größtem Interesse zu betreiben. Es warten uns in der Zukunft große Aufgaben, deren Bewältigung ganze Männer erfordert. Da muß ein jeder Hand anlegen und opferwillig die Arbeit auf sich nehmen.

Die Bedeutung des Kapof. In Holland, wie auch bei uns seit langer Zeit in Süddeutschland, ist das Produkt des Kapofkornes ein bewährtes und geschätztes Material zum Polieren von Gegenständen, bis in Form von Matrassen, Kissen, Polstermöbeln usw. der Ruhe dienen, oder in Krankenhäusern, Baracken, Sanatorien usw. dem Patienten bei vorübergehender Desinfektionsmöglichkeit eine angenehme Lage zu bereiten. In Nord- sowie Ostdeutschland ist die Verwendung von Kapof keine so allgemeine, jedoch dürfte es nur eine Frage von kurzer Zeit sein, daß auch hier der Dank, Kapof zu obigen Zwecken zu verwenden, allgemein Platz greift. Die Effektivität der einzelnen Kaiser wirklich guten Materials ist eine so große, daß Seegrass, Grün, S' Afrique, Mohhaar usw. weit übertrifft werden können mit Kapof gefüllte Polsterstücke desinfiziert werden, ohne daß die Polsterung irgendwie darunter leidet, übrigens bildet das Material an sich schon einen guten Schutz gegen anstehende Krankheiten. Wie hoch namentlich diese Eigenschaften anzuwachen ist, ersieht man am besten daraus, daß die Gesundheitsverwaltung sich bestrebt, ihre Kapazitäten vorwiegend mit Kapofmatten auszustatten. Hervorragende ärztliche Autoritäten haben sich einstimmig dahin geäußert, daß man in Krankenhäusern, Baracken usw., in denen vorzugsweise ansteckende Krankheiten behandelt werden, ausschließlich Kapof wegen seiner letzten Desinfektionsfähigkeit zur Füllung von Matrassen, Kissen usw. verwenden soll.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Janzen, Köln, Palmstraße 14.

Die Bereinigung

Monatschrift der christlich organisierten ::
November. ::
1912 ::

Der Arbeitsnachweis.

Schon seit Jahren beschäftigen sich viele Kreise, besonders auch die christlichen Gewerkschaften, mit der Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Die Arbeitgeber in der Großindustrie stehen wie früher auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsvermittlung alleiniges Recht des Arbeitgebers ist. Umgekehrt nimmt die sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung prinzipiell daselbe Recht für die Arbeiter in Anspruch. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat stets den Grundgedanken der Parität proklamiert, ohne sich jedoch auf ein schablonenmäßiges Arbeitsnachweismuster festzulegen.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft den sog. Arbeitgeber-Nachweisen kein Vertrauen entgegen bringen kann, da diese Arbeitsnachweise größtenteils als Kampfmittel gegenüber den Arbeitern gebraucht werden. Andererseits liegt bei einem Nachweis, der nur unter der Leitung der Arbeitnehmer steht, auch die Gefahr der Benützung des Nachweises als Kampfmittel im Bereich der Möglichkeit.

Nachdem sich der Tarifvertrag in fast allen Berufen gewaltig Bahn gebrochen hat und somit weitgehende Veränderungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt wurden, ist auch die Frage der Arbeitsvermittlung auf ein anderes Geleise gebracht worden.

Der Gedanke der paritätischen Arbeitsnachweise kann durch die Tarifverträge in Fluß. Insbesondere waren es die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die bei aller Abneigung gegen den „Kapitalismus“ doch halb erkannt hatten, daß bei Errichtung der obligatorischen Arbeitsnachweise unter paritätischem Mantel ihr Weigen arbeitsmäßig zu blühen vermöge, insbesondere dort, wo sie die Mehrheit besitzen. Darum auch die Strafkampagne der „Genossen“ bei Einführung von Tarifverträgen oder Erneuerung derselben, den obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis zur Einführung zu bringen.

In der Regel erreichen die „Genossen“, da die Arbeitgeber Kosten und Mühen scheuen, daß die Geschäftsführung eines solchen Arbeitsnachweises in ein rotes Gewerkschaftslokal oder in das Büro des roten Verbandes gelegt wird und der Beamte oder Vorsteher der sozialdemokratischen Gewerkschaft den Nachweis leitet.

Daß eine solche Verwaltung die „schönsten Blüten“ zeitigt, ist längst bekannt. Die Herren Genossen verwalten die Arbeitsnachweisgeschäfte berat, daß die Scharfmacher Arbeitsnachweise Posten haben dagegen sind.

Die Freiheit der sozialdemokratischen Organisationen sehen wir hier im greiften Maße. Der Verbandstag christlicher Arbeiter in Darmen hat zu diesem Nachweisystem bereits Stellung genommen und einen gangbaren Weg zur Lösung der Berufsmisse gewiesen. Der Gewerkschaftsverband in Dresden hat ebenfalls seinen Standpunkt prägnant und mit aller Schärfe die roten Knebelungsversuche an dem nichtsozialdemokratischen Teil der Arbeiterschaft durch denartige Arbeitsnachweise verurteilt und eine reichsrechtliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens für notwendig erachtet. Wir haben schon mehrmals in der „Bereinigung“ darauf hingewiesen, daß auch im Kapazitätenberufe obligatorisch-

paritätische Arbeitsnachweise sich befinden, die verwaltem werden von den Stellen des roten Kapazitätenverbandes. Ueber die Wirksamkeit dieser Nachweise können insbesondere jene Kollegen berichten, die schon denartige Arbeitsnachweise benutzten. In Anbetracht der gemachten Erfahrungen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften, so auch der Kapazitätenverband, die obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweise größtenteils zur Stärkung ihrer Macht gebrauchen, kann man es leicht verstehen, wenn auch die Arbeitgeber mit einem beratigen System zu brechen versuchen. Leider wird bei diesen Versuchen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

So lesen wir in der „Allgemeinen Kapazitätenzeitung“ Nr. 21 im Verhandlungsprotokoll der Wanderversammlung des Deutschen Kapazitätenverbandes folgenden Beschluß:

„Die am 26. Juni 1911 in Frankfurt a. M. tagende Ausschussung des Reichsverbandes der Arbeitgeberverbände für das Kapazitäten-, Möbeler- und Dekorationsgewerbe Deutschlands macht es den Verbänden zur Pflicht:

1. Die bestehenden eigenen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber sind unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

2. Dort, wo solche nicht bestehen, soll ihre Einführung mit allen Kräften angestrebt werden.

3. Für die Folge sind keine paritätischen Arbeitsnachweise einzurichten und, wo solche bestehen, dahin zu wirken, daß diese möglichst beseitigt werden.“

Die „Allgemeine Kapazitätenzeitung“ knüpft daran folgende Bemerkungen:

Der Grund für diesen im Vorjahre gefaßten und jetzt erneuerten Beschluß besteht in der Tatsache, die sich bei allen bis jetzt bestehenden sogenannten paritätischen Arbeitsnachweisen herausgestellt hat, daß die Gewerkschaften vorwiegend zu Agitationen dienen für ihre Organisation zu benutzen und ebenso dazu, dort, wo es nicht offen gesehen darf, stillschweigend durch gegenseitige Verhinderung Sperren über nichtbedingte Arbeitgeber zu verhängen.

Dieser Beschluß sowie auch die weitere, das Angebot einseitig in ihrem Interesse zu regeln, die Gewerkschaften bei dem Errichten paritätischer Nachweise leitet, geht zur Genüge aus ihrem eigenen Korrespondenzblatt hervor.“

So bedauerndwert es ist, daß die Kapazitätenmeister sich auf den reinen Arbeitgebernachweis verweisen und wie sie sagt, „das Kind mit dem Bade ausschütten“, so muß doch festgestellt werden, daß die roten Gewerkschaften durch ihre Machtpolitik, mit der sie die paritätischen Arbeitsnachweise beherrschen, die Reaktion auf Seiten der Arbeitgeber entfacht haben. Wir sehen so, wie auf beiden Seiten, auf Seite der Unternehmer sowohl wie auf sozialdemokratischer Gewerkschaftsseite, die Arbeitsnachweisfrage zu einer reinen Nachfrage geworden ist. Dies ist unter allen Umständen zu verurteilen.

Die christlichen Gewerkschaften stehen fest auf dem Standpunkt, daß Arbeitsnachweiswesen einer reichsrechtlichen Regelung bedarf. Angeschrieben an eine öffentliche Einrichtung mit der unbefangenen Beobachtung, aber ohne Zwang der Vermittlung, die nur eine Freiheitsberaubung darstellt, wäre eine Regelung des Arbeitsnachweisproblems wohl zu ermöglichen. Natürlich müßte jeder Mißbrauch zu irgendwelchen Nebenwirkungen unter Strafe gestellt werden. Das wird den „Genossen“ zwar kaum angenehm sein, die ja alles in ihren Händen zu stellen versuchen.

Schäfflein der Ansicht sind, daß dem Dume ein paar Ohrfeigen sehr dienlich seien. Im Landmannschen Betriebe haben Sure Kollegen selbst erklärt, daß D. und B. die Gezer seien. Hat doch Guer früherer Vorsitzender Franz Schuster zu einer Zeit, wo Besonnenheit fehlte der organisierten Kollegen gerade hier am Plage war, gewisse Kollegen als „verrückte Kerle“ bezeichnet. Wenn in Suren eigenen Reihen so gerüchelt wird, da kommt Ihr doch von uns nicht besseres verlangen. D. gehört zu den Leuten, bei denen das Wörtchen „Christlich“ die gleiche Wirkung ausübt wie beim Sitter das rote Tuch. Tatsache ist, daß wir in gemeinsamen Sitzungen nicht gedeihlich arbeiten konnten, wenn D. anwesend war, während es sonst doch viel besser ging. Kurz und gut: D. ist ein sehr rabiater „Genosse“, worauf er sich nicht wenig zu gute tat. Unsere Kollegen haben ihn oft der faulstüchigen Lügen bei der Agitation überführt.

Dann müssen wir noch den Schleiter von einer kleinen Schelmerlei küssen. Also lieber Genosse, nur dem Umstande, daß Ihr es verschmäht, die Hilfe des Arbeitgebers in Anspruch zu nehmen bei Differenzen zwischen den Arbeitern, verdankt gewisse christliche „Schreier“, daß sie noch in der Fabrik arbeiten dürfen. „Daß Du die Nase im Gesicht behältst.“ Warum sind denn die fünf roten Kollegen zum Werkmeister gegangen und haben ausführen wollen, als D. ging? Jedenfalls sollte doch ein obrigkeitlicher Donnerkeil bei den Christen einschlagen! Ferner, warum wurde nach diesem Nummel vom Werkmeister bekannt gegeben, es solle nicht agitiert werden in der Fabrik? Nun, weil die „Genossen“ es beantragt hatten. Tatsächlich ist auch schon einer unserer Kollegen dieserhalb denunziert worden. Also mit der Genoffengnade ist's nichts. Nun hat der Schriftsteller diese „schrecklichen Vorkommnisse“ noch mit wunderhübschen Dingen von auswärts flankiert um den richtigen Nuputz für sein Drama zu bekommen. Es hat schon manden christlichen Schreinergefallen von Hamm in Gefaunen gesetzt, daß der „freie“ Kollege W. so häufig mit leerer Mappe nach dem „Dorfe“ Abends fährt. Allerdings zum Sammeln solcher wohlwühlender „Geschichten“ ist eine gut verschlossene Mappe nötig. Das böse „Ist“ macht uns aber vorläufig noch etwas süßig. Das uns im Artikel dann noch die Kräuter von Hynnern an die Nachschöbe gehängt werden, ist auch ein Zeichen des mangelnden Agitationsstoffes gegen die Christlichen. Allerdings ist uns im vorigen Jahre gesagt worden, daß ein reorganistierter Freiheitsheld einem Verhaling ein paar Backpfeifen verabreicht hat, weil er dem Wunsch des Genossen, eine sozialdemokratische Versammlung zu besuchen, nicht nach kam. Wenn man dann dort in Reisterkreisen keine gute Meinung von den „roten Brüdern“ hat, ist das zu verstehen. Warum überhaupt lange geheulmeiert? Wo bleibt denn der hochgepriesene Rechtschutz im roten Verbanne, der doch gewährt werden mußte, wenn königlich-preussische Gendarmen „Genossen“ zum Dorf herausjagen, wenn sie mit dem Meister nicht beten wollen?

Münster i. Westf. Sonntag, den 17. November, hatte unsere Zahlstelle einen „großen Tag“. Allseitig und oft geäußerten Wünschen der Kollegen entsprechend, war der Zentralvorsitzende, Kollege Kurtscheid aus Köln erschienen. Er referierte über „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“. Redner schilderte kurz den Verlauf und die Bedeutung des Kongresses in Dresden und ging dann dazu über, die Aufgaben zu erörtern, die uns durch den Kongreß für die nächste Zukunft gestellt sind. Die Kongressbestrebungen der sozialdemokratischen Verbände — die Versuche, den Arbeitsmarkt zu monopolisieren und unsere Bewegung bei Lohnunterschieden und Verhandlungen auszuschalten — geben uns alle Veranlassung, auf dem Posten zu sein. Das gelte besonders auch für unsern Verband, namentlich auch im Hinblick auf die große Frühjahrsbewegung. Kollege Kurtscheid wies besonders auch auf die erfreuliche Entwicklung unseres Verbandes in einzelnen Bezirken hin und zeigte die Wege, die derselbe zu gehen habe. Den veränderten Verhältnissen stehen heute neue Aufgaben und Ziele gegenüber, deren Durchführung für die weitere Entwicklung unseres Verbandes unerlässlich sei. Dies gelte auch für Münster. Das Bewußtsein, hier am Orte eine gute Position zu haben, dürfe die Kollegen nicht veranlassen, nun auf etwa ertragene Lorbeeren auszuruhen. Es sei ein verhängnisvoller Fehler, wenn einzelne Kollegen sich den Luxus gestatteten, durch Hineintragen von Differenzen in die Versammlungen die Kollegenhaft in zwei Lager zu spalten. Die Aufgabe des uns seine Organisation besorgten Gewerkschaftlers bestehe nicht im Niederreißen, sondern im Aufbauen. Eine untergeordnete finanzielle Streiffrage dürfe niemals zum Gegenstand stehender Bestrebungen innerhalb der Zahlstelle werden. Daburch wird zunächst die Arbeitsfreudigkeit der Lokalverwaltung gelähmt und der Fortwärtzentwicklung der Zahlstelle ein Hemmschuh angelegt. Die Frage, warum so mancher verdienende Mitarbeiter unserer Bewegung die Versammlungen meidet, hat vielfach ihre Gründe in Vorkommnissen gefahrengezeichneter Natur. Nicht wer fortwährend unerfüllbare Forderungen an den Zentralvorstand stelle — die schon mit Rücksicht auf andere Zahlstellen kein Gehör finden können — sei ein Förderer unserer Sache, sondern wer unter verständnisvoller Berücksichtigung der Gesamtinteressen unter Beiseitestellung lokaler Wünsche an dem Weiterausbau unserer mit großen Opfern geschaffenen Position am Orte freudig und willig mitarbeite. In diesem Sinne mögen sowohl die Ausführungen des Kollegen Kurtscheid, als auch die Anregungen der Lokalverwaltung bei der gefandten Mitgliedschaft eine im Interesse des Ganzen wohlverstandene Aufnahme finden. Erfreulicherweise kann bereits heute konstatiert werden, daß viele Kollegenkreise unter allen Umständen entschlossen sind, den in den letzten Monaten so oft wiederkehrenden Streit um gewisse Verwaltungsfragen zu beenden und ein einträchtiges Zusammenarbeiten zwischen Lokalverwaltung und Mitgliedern zu ermöglichen. Eine Zahlstelle, deren Stolz mehr als 200 Kollegen sind, die über 10 Jahre dem Verbanne angehören, die eine Reihe von erfolgreichsten Lohnbewegungen geführt hat und deren Finanzen trotz erheblicher Ausgaben für Verwaltung und lokale Unterstützungen sich dauernd in aufsteigender Linie bewegen, darf nicht über die Zwirnsträden kleinlicher Rörgelucht und Eigenbödelei stolpern. Was durch den Opfersinn der Kollegen im Laufe von 12 Jahren aus eigener Kraft geschaffen wurde, kann auch für die Zukunft bei allseitigem Willen der Kollegen aus eigener Kraft weitergeführt werden. Wer nach diesen Grundzügen handelt, der ist ein wahrer Förderer unserer Sache — und das sei in Zukunft jeder!

Dülmen. Am Sonntag, den 17. November, fand in unserer Zahlstelle eine zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Referat des Bezirksvorsitzenden Kollegen Kaspar Münster über die Bedeutung des örtlichen Tagelohnes und die wichtigsten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bezüglich der Krankentafeln. Demnachst sollen auch die übrigen Versicherungszweige in einzelnen Vorträgen behandelt werden. Im weiteren Verlaufe stand die Erhöhung des Lokalbeitrages zur Beratung. — Schreulicherweise ist die Karezung hierzu aus den Kollegenkreisen selbst hervorgegangen. Nach einer ausgiebigen Diskussion, in welcher das Für und Wider lebhaft erörtert wurde, erfolgte fast einstimmig der Beschluß, den Lokalbeitrag ab 1. Januar 1913

von 10 auf 15 Pfg. zu erhöhen, so daß in Zukunft der Gesamtwochenbeitrag in unserer Zahlstelle 65 Pfg. beträgt. Die Kollegen haben dadurch aufs neue den Beweis geliefert, daß sie volles Verständnis für die gewerkschaftlichen Aufgaben unserer Zeit besitzen. Ferner wurde angeregt, eine Zahlstelle der Krankengeldzuschußklasse unseres Verbandes zu bilden. Als erster Erfolg in dieser Sache konnte die Anmeldung von 6 Kollegen gebucht werden. Da die Zahlstelle fast durchwegs aus jüngeren Kollegen besteht, so ist bei reger Agitation für die Klasse die Mitgliederzahl sehr wohl zu steigern. Mit dem Vorsatze, in nächster Zeit auch die Agitation unter den Arbeitern des am Orte befindlichen Sägewerkes zu betreiben — einige Arbeiter gehören der Zahlstelle bereits an — wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. In der nächsten Versammlung, welche am 15. Dezbr. stattfindet, ist ein Vortrag über die Unfallversicherung. Dann müssen alle Kollegen wieder so zahlreich zur Stelle sein, wie das letzte Mal.

Singen. Am Sonntag den 17. November hielt unsere Zahlstelle eine Mitgliederversammlung in Gottmadingen ab, um den dortigen Kollegen den Besuch einer Versammlung zu erleichtern. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Auch unser Bezirksvorsitzender Kollege Bender aus Kudoßzell war anwesend. Nach Erledigung der Ersatzwahlen für den Vorstand hielt Kollege Bletter einen Vortrag über die Entwicklung unseres Verbandes im Seckreis und die Aufgaben, die uns aus dieser Entwicklung erwachsen. Es sind noch viele Kollegen im Seckreis, die wir noch für unseren Verband gewinnen müssen. An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen. Auch hatten wir wieder einen Uebertritt zu verzeichnen aus dem roten Holzarbeiterverband. Trotz allen Drucks der „Genossen“ werden wir arbeiten, bis der letzte christlich denkende Holzarbeiter in unserem Verbanne ist. — Am 20. November hielten die „Genossen“ in Singen eine Agitationsversammlung ab. Es sprach „Genosse“ Waldmann aus Berlin über die bevorstehende Tarifbewegung im Holzgewerbe. Kritisch mußte der Bergarbeiterstreik vom Frühjahr aus aufs Tapet. Als ein Kollege von uns einige Bemerkungen machte über die Klassenverhältnisse beider Verbände, wurden der Genossenredner mit seinen Getreuen nervös, und versuchten sie die Ausführungen unseres Kollegen lächerlich zu machen. Wenn auch den „Genossen“ unser Vorhandensein in Singen nicht gefällt, werden wir doch unentwegt weiter arbeiten. Kollegen von Singen und Umgebung auf die Schanzen!

Biersau. Der soziald. Holzarbeiter-Verband hatte für Sonntag den 17. Nov. eine allgemeine Holzarbeiter-Versammlung einberufen. Referent war Paul Starke-Dresden. Auf der Tagesordnung dieses „Generalappells“ stand: „Die Kriegsvorbereitungen der Unternehmer-Verbände für das Kampffahr 1913.“ Der Referent versuchte hier „in der schwarzen Ecke“, (so drückte er sich aus) den soziald. Holzarbeiter-Verband als die über alles erhabene Organisation hinzustellen; hingegen waren ihm die christl. Gewerkschaften bedeutungslos; sie sollen frei nach Starke „Unternehmer-Schutztruppen“ sein. Die Kölner Vorgänge im Jahre 1905 mußten den Beweis abgeben. Ebenso mußte das Wort herhalten: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Damit sollte gesagt sein, daß die Christlichen nach etwas Höherem nicht streben dürften. Das Hundschreiben des Papstes, daß der Referent nach der Methode auslegte: Im Auslegen sei dreist und munter; legst du nicht aus, so liegt du unter, setzte seinen Ausführungen die Krone auf. In der darauffolgenden Diskussion wurde unsererseits dem Referenten die Antwort nicht schuldig gelassen. Es zeigte sich aber, daß die „Genossen“ unjähig sind, sachlich zu diskutieren. Sie holten alles hervor, von dem sie glaubten, daß es geeignet wäre, unsern Verband in Mißkredit zu bringen. Den Zweck der Versammlung hatte man bald vergessen. So mußte zunächst der von uns abgeschlossene Vertrag bei der Firma Adrians und Comp. gehalten. Dann verdächtigte man unsern Vorsitzenden und warf uns Terrorismus vor, weil wir ihnen „die Mitglieder abjagten“. Es scheint den „Genossen“ wirklich schwer am Herzen zu liegen, daß wir hier und auch anderwärts gute Fortschritte machen. Die Versammlung hat den Genossen gewiß ebensowenig genützt, als sie uns geschadet hat. Wir sind mit dem Ergebnis derselben durchaus zufrieden. Wir danken insbesondere dem Referenten für seine Offenheit, als er sich auf den Standpunkt stellte: „Wir, — in diesem Falle konnte kaum jemand anders damit gemeint sein, als der „freie“ deutsche Holzarbeiter-Verband — „überlassen den Himmel den Engeln und den Pfaffen“. Einen Mann, der bei der Agitation für den roten Verband die „Rage so aus dem Sack“ läßt, den können wir gebrauchen. Wir bitten ihn, recht bald wiederzukommen und diese Gedankengänge in einer Versammlung weiter zu spinnen.

Gewerkschaftliches.

Einwas von den Gelben. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung brachte in ihrer Nr. 12 vom 23. März d. J. eine Notiz „Einwas von den Gelben“ betitelt. Die Notiz enthielt ein Zitat aus einer Reichstagsrede des Abgeordneten Kollegen Schiffer, in der er das System der Gelben scharf verurteilte. Das Urteil Schiffers hatte sich die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung seinem sachlichen Inhalte nach zu eigen gemacht und einige Bemerkungen daran angeknüpft. Die Gelben fühlten sich durch die Notiz beleidigt und sie verklagten den Redakteur Elfer. Am 14. November war die Verhandlung vor dem Schöffengericht zu M. Gladbach.

Ueber den Gang der Dinge wird nun in der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung berichtet: „Wir wollten in dem Prozeß für die Darlegungen in Nr. 12 der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ den Wahrheitsbeweis erbringen, wollten nachweisen, daß die gelben Werkvereine im Dienste der Unternehmer stehen, von ihnen gefördert, besonders finanziell unterstützt werden, dafür dann aber auch von den Unternehmern abhängig sind; und wir wollten ferner nachweisen, daß die gelben Werkvereine wegen ihrer Abhängigkeit und Unselbständigkeit und insbesondere durch den Druck, den sie auf die in ihrem Bereiche beschäftigten Arbeiter ausüben, demoralisierend wirken müssen auf ihre Geseligschaft. — Zu den Verhandlungen hielten wir laden lassen: Reichstagsabgeordneten Schiffer, Bezirksleiter Hirscher, Generalsekretär Stegenwald und Redakteur Joss als sachverständige Zeugen und Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann als wissenschaftlichen Gutachter. Der Angeklagte wurde vertreten durch den Rechtsanwalt Boege R. Gladbach.

Die neun Kläger dagegen wollten den Prozeß benutzen, die gelbe Bewegung von den Vorwürfen zu reinigen, die man ihr in der Öffentlichkeit macht. Für sie traten die Arbeiter Schmelz und Hertel und ein Beamter des Kruppischen Direktoriums, Herr Max Halbach, als Zeugen auf und Synodus Scheda, der Geschäftsführer des Förderungsausschusses für die vaterländische Ar-

beterbewegung, als Sachverständiger. Rechtsanwalt August I Saarbrücken war ihr Vertreter.

Da in der Sache selbst das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist, wollen wir an dieser Stelle auch noch keinen ausführlichen Bericht geben über die achtsündige Verhandlung. Wir wollen hier — lebhaft im Hinblick auf die einseitige Berichtserstattung, in den den Gelben nahestehenden Prolegomenen — nur einige interessante Notizen wiedergeben. Und da registrierten wir, daß es zukünftig als bewiesene Sache zu gelten hat, daß die Gelben von den Unternehmern „namhafte Unterstützungen“ empfangen. Zu Beginn der Verhandlung wollten die Gelben das im Allgemeinen nicht gelten lassen. Am Schluß der Verhandlung galt es indes als bewiesen. Selbst die Zeugen der Gelben — die vorsichtig ausgesucht waren — mußten versäumt zugeben, daß sie größere Geldsummen von den Werken erhalten, müßten zugeben, daß ohne diese finanziellen Zuwendungen der Unternehmer die gelben Werkvereine und deren Wohlfahrtsvereinigungen zum großen Teil nicht lebensfähig wären. Das gilt z. B. nach den Aussagen des Zeugen Schmelz von dem Werkverein der Zeche „Lothringen“. Besonders Interesse verdienen die Aussagen des Zeugen Halbach. Trotz seiner großen Beredsamkeit konnte er sich an der Tatsache nicht vorbeireden, daß der Werkverein Krupp „namhafte Summen“ — deren Höhe er nicht angeben „dürfte“ — von der Firma Krupp erhält, daß in dem Verwaltungsgebäude des Werks auch dem Werkverein die erforderlichen Räumlichkeiten usw. überlassen sind, für die er keine Miete zu zahlen braucht.

Zur Beurteilung der Werkvereinsbewegung als einer „unabhängigen Arbeiterbewegung“ ist es soeben interessant, den Einfluß der bei derselben Firma beschäftigten Beamenschaft im Werkverein kennen zu lernen. Unter den Kruppischen Gelben, etwa 7000 an der Zahl, sind mehr als 1000 Beamten. Halbach, der selbst Beamter im Werksdirektorium ist, leitet den Verein, und mehr als das: Max Halbach allein ist der Vermittler — ober, wie er sich selbst bezeichnet — der „ehrliche Makler“ zwischen Arbeiterchaft und Werksverwaltung. Alles, sagte er, was zwischen Arbeiterchaft und Werksverwaltung zu erledigen sei, gehe durch seine Hand, es werde weder der Verwaltung eine Meinung des Werkvereins noch auch dem Werkverein eine Meinung der Verwaltung zum Ausdruck gebracht, außer durch ihn allein, er habe das „volle Vertrauen der Arbeiterchaft und der Verwaltung“. Ferner gab Halbach zu, daß er die Arbeit für den Werkverein, soweit sie es an sich zulasse, während der Dienststunden verrichte und daß er seit der Zeit, da er „ehrlicher Makler“ sei, wiederholt „größere Gehaltszulagen“ bekommen habe. Die Firma habe ihm zwar nicht ausdrücklich erklärt, daß diese Gehaltszulagen eine Bezahlung seien für seine Tätigkeit im Werkverein, er könne das aber auch nicht in Abrede stellen. Wir indes glauben schon, daß die „großen Gehaltszulagen“ nichts anderes sind als eine Bezahlung der Tätigkeit des Herrn Halbach im Werkverein. Herr Halbach steht also im Dienste der Firma Krupp, wofür er natürlich sein Gehalt bezieht, er betätigt sich während der Dienststunden und nach Feierabend im Werkverein, wofür die Firma ihm besonders größere Gehaltszulagen gewährt. Und nun gibt er sich auch noch als einen solchen Vertreter der Arbeiterinteressen der Firma gegenüber aus. Alle Achtung vor der Firma Krupp, die ihm die Vertretung der — Arbeiterinteressen so gut bezahlt. Uns klingt indes die Sache zum mindesten rätselhaft. Und vielen Arbeitern, auch, das sind wir gewiß. Und mit Recht betonte Herr Rechtsanwalt Boege in seinem ausgezeichneten Plädoyer, daß Arbeiter zu dem Gewerkschaftssekretär, der aus ihrem Stande hervorgegangen ist und im Dienste ihrer Organisation steht, mehr Vertrauen haben können als zu einem Beamten, der im Dienste ihres Arbeitgebers steht. Es sei auch natürlich, daß der Gewerkschaftssekretär in der Vertretung der Arbeiterinteressen unabhängiger dem Arbeitgeber gegenüberstehe als der Werksbeamte.

Bemerkenswert war ferner, daß der Privatkläger Hof zugeben mußte, am 21. Juni 1909 in einer großen Versammlung in Essen gesagt zu haben, das „Rationale“ hätten die Gelben nur aus taktischen Gründen in ihren Titel aufgenommen, die Bewegung könne nur groß werden, wenn sie Leute hinter sich habe, „die etwas in den Fingern haben“, und daß er als Zweck der Werkvereine ausgegeben habe, „den Industriellen als Vertreter im Reichstag“ zu besorgen. Und eine interessante Szene war es, als der Zeuge Hertel, der Vorsitzender des Werkvereins der Stammischen Werke in Reumkirchen ist, auf Befragen sagte, daß die Gelben anders sind, als sie zu sein vorgeben. Wir glauben ihm das.

So boten die Verhandlungen noch mehr Interessantes. Aus dem Munde der Gelben selbst wurde der Werkvereinsbewegung eine Blamage nach der andern bereitet.

Unter diesen Umständen mußte das Urteil, was am Ende gefällt wurde: 100 Mk. Geldstrafe und Ertragung der Gerichtskosten, auch einigermaßen befremden. Es wird von allen Anwesenden, ja selbst von den Gelben keiner eine solche Bestrafung des Angeklagten erwartet haben. Deshalb ist auch bereits Berufung eingelegt worden gegen das Urteil.

Die Gelben unter sich. „Der Bund“, das Organ einer Anzahl gelber Werkvereine, brachte in seiner Nr. 39 einen Bericht über eine Kartellversammlung der Berliner Werkvereine, aus dem hervorgeht, daß die Gelben auch ihre „inneren Schwierigkeiten“ haben. Die Berliner stellen sich auf dem Standpunkt, (der natürlich nur taktischer Natur sein kann) daß die Werkvereine unabhängig vom Arbeitgeber sein müssen. Die Gelben in Westdeutschland dagegen beweisen alle Lage durch die Praxis, daß sie ohne die Vormundschaft eines vom Arbeitgeber ernannten Vertrauens nicht leben können. Die angeführte Kartellversammlung der Berliner Gelben erklärte, daß jene Beamten der Werke, die sich in die Werkvereine hineingedrängt hätten, diesen mehr geschadet hätten, als alle Gebührensbriefe zusammen. Die Herrschaften sind sich über diese Frage also nicht recht einig. Und das die Berliner die Nummer des „Bund“ mit dem angezogenen Bericht, an eine Reihe von Gewerkschaften versenden, sieht bald so aus, als hätten sie ein besonderes Interesse daran, daß insbesondere der Werkverein der Firma Krupp mal gründlich „genommen wird.“ Uns sind die Herrschaften beide gleichwertig.

Streikbruch und immer wieder Streikbruch! Die sozial. Gewerkschaften pflegen unter sich nicht jene Brüderlichkeit, die sie andern gegenüber zur Schau tragen. Bekannt ist dafür noch die Vorgänge in der ostpreussischen Sägeindustrie, wo sich die Verbände der Holz-, Fabrik- und Transportarbeiter arg die Wölle zerkausten. Das neueste Produkt der freigewerkschaftlichen Brüderlichkeit liegt aus Leipzig vor, wo die Verwaltung des Fabrikarbeiterverbandes gestattete, daß in einer Gummidrehschleife Sperrebruch verübt wurde. Das hat die Sektion der Gummidrehschleifer des sozial. Holzarbeiterverbandes derart in Harnisch gebracht, daß sie in einer Resolution ausdrückt, der Fabrikarbeiterverband sei unfähig, die Interessen der Kollegen zu vertreten.

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Bei der Gewerkschaftswahl in Berlin wurden abgegeben 93706 Stimmen für die Liste des sozial. Gewerkschaftsartells (68 Beisitzer), 3157 Stimmen für die Liste des sozial. Wissenschaftlichen Metallarbeiterverbandes (2 Beisitzer), 3007 für die Hirsch-Dundersch. Liste (2 Beisitzer). Je einen Beisitzer erhielten die katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ mit 1578, die christlichen Gewerkschaften mit 1409 und die Polen mit 1395 Stimmen. In Anbetracht der ziffermäßigen Stärke ist das Resultat für die christlichen Gewerkschaften nicht schlecht. Abgesehen der Heimarbeiterrinnen sind etwa 3000 christliche Gewerkschaftler vorhanden. Die sozial. Gewerkschaften zählen im Kartell über 250000 Mitglieder. Die katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ wollen gegen 8000 Mitglieder haben. — Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Schneider in Königsberg siegte zum erstenmal die Liste der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mit 405 gegen 245 sozialdemokr. Stimmen. — Bei der Ortskrankenkassenwahl in Bonn-Best (Poppelsdorf) wurden die christlichen Vertreter mit 367 gegen 280 sozial. Stimmen wiedergewählt. Die Kasse wurde 1908 erstmalig den Sozialdemokraten abgenommen. — Bei der Ortskrankenkassen-Vertreterwahl in Cassel siegte in allen drei Abteilungen die Listen der christlichen Gewerkschaften. Diese erhielten insgesamt 187 Stimmen, die sozial. Listen 113 Stimmen.

Gewerkschaftler in den kommunalen Körperschaften sind heute eine ziemlich allgütige Erscheinung. Man braucht an neuen Stellen nicht mehr mit der Laterne nach ihnen zu suchen. Auch unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter zählt eine ganz ansehnliche Anzahl von „Stadtverordneten“ in seinen Reihen. Noch vor einigen Tagen wurde der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Hübner bei Düsseldorf infolge eines Kompromisses der bürgerlichen Parteien als Stadtverordneter gewählt. Die neuen das Mandat innegehabten Sozialdemokraten mußte das Feld räumen. Man darf überzeugt sein, daß es einzig und allein das Verdienst unserer christl. nationalen Gewerkschaftsbewegung ist, wenn auch auf kommunalpolitischen Gebiete die Fortentwicklung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes immer weitere Fortschritte macht.

Soziale Rechtsprechung.

Der Verlust eines Auges. Im gewerblichen Leben des Arbeiters kann man wohl nicht höher schätzen, und nicht so dem Arbeiter wertvoller, als gesunde Augen. Diese Anerkennung findet man auch in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes. Für den Verlust eines Auges hat das Reichsversicherungsamt, Angehörigen von Berufen, deren Augen bei der Berufstätigkeit in größerer Gefahr stehen, eine Rente von 33 1/2 % festgesetzt. J. B., für Schmiede die am Feuer arbeiten und dadurch immer in Gefahr sind, daß durch das Spritzen der Funken ein größeres Unglück verursacht wird, ebenfalls für Steinarbeiter, wo eine erhöhte Gefahr in dem Abstreifen von Steinpartien entstehen kann u. Bei anderen Berufen liegt der Prozentsatz auf 25 %. Gleichgültig ist dabei, ob

troz der Rente der alte Lohn weiter oder gar noch mehr verdient wird. Für alle andere Unfälle wird die Rentenfestsetzung nur nach dem wirtschaftlichen Schaden, den der Verletzte hat, bemessen, ganz gleich, ob er ein paar Glieder verloren hat, bemessen, ganz gleich, ob er ein paar Glieder verloren hat, verdient hat, oder was ein gleichartiger Arbeiter verdient, dann geht er meistens leer aus. Es wird bei den Festsetzungen der Rente viel mit dem „allgemeinen Arbeitsmarkt“ gerechnet, das soll heißen, der Verletzte kann allenthalben noch diese oder jene Arbeit verrichten trotz seines Unfalles. Diese Erwägungen scheiden beim Verluste eines Auges aus. Es wäre nun aber doch wünschenswert, daß für den Verlust eines Auges eine einheitliche Rente von 33 1/2 % zur Geltung käme. Ganz besonders wir Holzarbeiter verrichten Arbeiten, die die ganze Sehkraft erfordern und die für die Augen gefährbringend sind. Und doch werden nach der neuesten Rechtsprechung an Holzarbeiter auch nur 25 % Rente für den Verlust eines Auges gezahlt.

Unhaltbare Urteile über den sozialdemokratischen Terrorismus Sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter in Nürnberg erzwangen durch Arbeitsniederlegung vom Bauunternehmer H. die Entlassung zweier Mitglieder des christlichen Verbandes. Die gewerkschaftsundige, aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Schlichtungskommission erklärte das Vorgehen der Freiorganisierten als Tarifbruch gemäß § 10 des Tarifvertrages. Als die zwei christlichen Arbeiter daraus die Folgerung zogen und die Sozialdemokraten auf Schadenersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst verklagten, beurteilte das Nürnberger Amtsgericht den Fall anders. Der Tarifvertrag komme hier nicht in Betracht, denn er sei abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband einerseits und den Arbeitnehmerverbänden andererseits, aber nicht von Arbeitnehmerverbänden unter sich. Auch die §§ 823 und 826 BGB. kämen nicht in Betracht. Die freie Willensbestimmung der christlich Organisierten sei nicht verletzt worden (!), nachdem diese nicht zur Arbeitsniederlegung gezwungen (!), sondern vom Arbeitgeber H. entlassen worden seien. (Weil dieser den Schaden eines Streiks nicht auf sich nehmen wollte!) Daß die beklagten Sozialdemokraten nicht mit christlich organisierten Gewerkschaftlern auf einem Arbeitsplatz zusammen arbeiten wollten und in Konsequenz dieses Willens die Arbeit niederlegten, könne als ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht angesehen werden (!). Dies wäre erst der Fall, wenn die Eristenzfähigkeit untergraben würde. Dieses amtsgerichtliche Urteil wurde vom Landgericht Nürnberg bestätigt und die Berufung der christlichen Arbeiter kostenfällig zurückgewiesen. Die Baugewerkschaft, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter (Nr. 45), bemerkt zu diesen Urteilen, die Nürnberger Mitglieder des christlichen Verbandes hätten das Empfinden, daß sie den Sozialdemokraten gegenüber vogelfrei seien. Nicht weniger wie 38 christlich Organisierte seien im vorigen Jahr aus der Arbeit gedrängt worden, weil sie nicht in den „freien“ Verband übertraten wollten. Die angeführten Urteile sind in der Tat geeignet, berechtigtes Aufsehen hervorzurufen. Denn es liegt auf der Hand, daß durch denartige Gerichtsentscheidungen dem sozialdemokratischen Terrorismus Tür und Tor geöffnet wird.

Aus dem gewerblichen Leben.

Was Strupp verdient! Nach dem Bericht der Verwaltung der Fr. Strupp A.-G. in Essen, für das am 30. Juni d. J. beendete Geschäftsjahr stellt sich der Betriebsüberschuß der sämtlichen Werke auf 41 813 268 M. (im Vorjahr 40 778 008 M.); dazu kommen an verschiedenen Einnahmen 2 253 963 M. (2 317 586 M.) und an Zinsen — nach Abzug der Verzinsung der Anleihen und der Guthaben — 1 971 070 M. (5 437 M.), zusammen 46 038 302 M. (43 264 961 M.). Dagegen betragen die Ausgaben für Steuern 5 040 212 M. (3 736 850 M.), für die gesetzliche Arbeiterversicherung 4 454 561 Mark (4 223 676 M.), für Wohnlohn aller Art 7 050 647 Mark (6 428 240 M.) Somit ergibt sich ein Reingewinn von 29 528 881 M. (28 712 265 M.), der sich durch den

Vortrag von 4 230 580 M. (1 639 228 M.) auf 33 759 461 Mark (28 876 193 M.) erhöht. Von dem Reingewinn werden 5 Prozent der gesetzlichen Rücklage mit 1 476 444 M. überwiesen, an die Aktionäre 12 Prozent Dividende mit 21 600 000 M. (10 Prozent gleich 18 000 000 M.) verteilt, sodann als außerordentliche Zuweisungen für Ruhegehaltskassen — im Hinblick auf die durch Reichsgesetz bedingte Ordnung der bei der Firma bestehende Beamten- und Arbeiter-Ruhegehaltskassen 2 000 000 M. (1 000 000 M.) benutzt, außerordentliche Ueberweisung an den Gewährleistungsbestand 2 000 000 M. (2 000 000 M.) verwandt und als Vortrag auf neue Rechnung 6 503 017 M. Die Abschreibungen auf die Anlagewerte wurden mit 18 524 869 M. (19 508 491 M.) vorgeschlagen.

Die Schlessische Holzindustrie A.-G. vormalig Ruscheweyh u. Schmidt erzielte bei einem um Mark 266 000 auf Mark 2.03 Mill. gestiegenen Umsatz nach Mark 45 148 (im Vorjahre Mark 38 404) Abschreibungen einen Reingewinn von Mark 202 020 (Mark 128 784) woraus 10 (9) Prozent Dividende auf Mark 1.25 Mill. (1 Mill.) Kapital verteilt und Mark 28 834 (Mark 11 286) vorgetragen werden sollen. Die gute Beschäftigung hat auch im neuen Jahre bisher erhalten; namentlich der Auftragsseingang in der Tischabteilung soll sehr reger sein. Eine weitere Kapitalerhöhung auf Mark 1 1/2 Mill. wird mit Betriebsmittelvermehrung begründet.

Ostdeutsche Holzindustrie zu Gosentin A.-G. Die Generalversammlung erklärte sich mit den vorgeschlagenen Statutenänderungen einverstanden, wonach die Gesellschaft künftig statt „Ostdeutsche Holz-Industrie-Aktien-Gesellschaft“ — „Stuhlfabrik Gosentin A.-G.“ firmiert. Das Unternehmen scheint jetzt in das Stadium der Rentabilität geraten zu sein. Für das letzte Geschäftsjahr wird eine Dividende von 8 Proz. verteilt. In der Generalversammlung wurde berichtet, daß in dem bisher abgelaufenen Teil des neuen Geschäftsjahres der Absatz gegen das Vorjahr sich bei gebesserten Preisen erhöht habe.

Rheinische Automobil-Gesellschaft A.-G. in Mannheim. Diese der Benz-Gesellschaft nahe stehende Firma erzielte in dem am 30. September zu Ende gegangenen Geschäftsjahr 1911/12 einen Reingewinn von Mark 667 708 (im Vorjahr Mark 410 121), woraus die Verteilung einer Dividende von 15% (13%) vorgeschlagen wird. Vorgetragen werden etwa Mark 130 000 (Mark 39 200). Außerdem wird, nach der Frankf. Ztg., die Erhöhung des Aktienkapitals um Mark 500 000 auf Mark 2 1/2 Mill. vorgeschlagen.

Holzwarenfabrik Riefensfeld, München. Die Holzwaren- und Möbelfabrik G. m. b. H. hat die Erhöhung des Stammkapitals um 400 000 Mark auf 1.6 Mill. Mark beschlossen.

Preiserhöhung für Holzschuhe Die Vereinigung deutscher Holzschuhfabrikanten beschloß eine Preiserhöhung von 10%. Begründet wird die Preiserhöhung mit der Steigerung der Rohmaterialienpreise. Daß die Holzschuh- und Pantinenmacher von dieser Preissteigerung an ihren Löhnen verspüren, ist wohl ausgeschlossen. Namentlich im Westen Deutschlands, besonders aber im Münsterland, hat der Organisationsgedanke unter dieser Arbeiterschicht noch sehr spärlich Eingang gefunden.

Briefkasten.

J. D. Das Kleben der beitragsfreien Marken für die drei ersten Quartale d. J. hatte am 1. Oktober (d. h. sofort nach Empfang der Marken) zu geschehen. Die Berechnung der Marken erfolgt mit der Abrechnung der Zahlstellen für das 4. Quartal 1912. S. B. Du stehst mit deiner Meinung nicht allein. Aus bestimmten Gründen nehmen wir jedoch von der Veröffentlichung der Zuschrift Abstand.

Sterbetafel.

Josef Schneider, Schreiner, gestorben zu Billingen.
Georg Strubhoff, Schreiner, 30 Jahre alt, gestorben zu Bedum.
Wilhelm Sternberg, Schreiner, 32 Jahre alt, gestorben zu Hamm i. W.
Ruhet in Frieden!

Anzeigen der Zahlstellen.

Zahlstelle Düsseldorf.
Häufige Arbeitsnachweise, Aufträge, 3.1. Zahlstellen müssen sich hier sofort melden.
Zahlstelle Dortmund.
Zahlung der 1. Dezember, mindestens 3 Uhr, in großer Zahl des Reichsversicherungsamtes. Öffentliche Kartellversammlung.
Zusammenkunft: Die christl. Gewerkschaften und ihre jüngeren Kämpfe.
Antrag: Keine neue Zinszahl, Abklemme des „Reinigungs“. Bitte der Kollegen ist es, möglich: in dieser Zusammenkunft zu erscheinen.
Zahlstelle Köln.
Zahlung der Kollegen, welche sich nicht nach dem Inhalt der von Reichsversicherungsamt, Zahlstellen Nr. 12 (Zahlung) melden. Deshalb: Zahlung der Zahlstellen, die Arbeitsnachweise.
Zahlstelle Gelnhausen.
Diese Zusammenkunft und Schriftverkehr ist: Brauerei Hasen, Gelnhausen.
Tüchtige Tischlergehilfen
Wir sind ganz sicher über die Anzahl der Tischlergehilfen, welche für den nächsten Herbst gesucht werden.
Oswald Bergmann, Tischlermeister.
Friedrich (Schüler).
(Zahlung bei d. Zahlstellenverwaltung d. Reichsversicherungsamtes.)

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.
: TAGES-KURSE FÜR SCHREINER :
(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerbliche Gesetze, Stil- u. Formel, Mat., Werkz., Maschinenkunde, Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Bleistifte
Metermasse, Notizbücher
Bestens zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gel. Meister-Bleistifte von Bleistiftfabrik v. L. M. in Düsseldorf. Lieferant der Zahlstellen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.
H. Melchers, Köln-Nippes Balowstr. 12.
Einige Holzdrehschleifer
auf Tätigkeit über Nacht, in dauernde Stellung gesucht.
Durand & Cie.
36 Boulevard de la Bastille
Paris.

Wir suchen ordentliche und solide
Büchsenmacher
(Pfefer und Geschießer) gegen guten Lohn auf dauernde Arbeit.
Aufsuchen zwei Beschneider für Beschneidung der Büchsen.
Schaden. Co., Büchsenfabrik, Düsseldorf.
Eingelegte Journiere für Nähnische, Spinnmaschinen und Füllungen.
Aufsuchen gegen 20 M. in Dreiermarken. Besondere Vertrauenswürdigkeit.
Erich Müller, Maschinenfabrik, Gelsenberg, Duesenstraße 7.

Ein tüchtiger Drehschleifer
bei höchstem Lohn per sofort oder später gesucht.
Peter Heintz, Drehschleifer
Gordel (Bez. Trier).

Selbständ. Maschinenschreiner
für Bauwerkreier, möglichst zum baldigen Eintritt gesucht.
Anmeldungen werden an die Ortsverwaltung Wald unseres Verbandes erbeten.

Empfehle billige, gute
„Gewerkschafts-Zigarren“
100 Stück
5 Pfg-Zigarren 3.60, 3.80 M.
6 „ „ 4.20, 4.50 „
8 „ „ 5.60 „
10 „ „ 6.50, 7. — „
12 „ „ 8.50, 9. — „
Garantie für gute Qualität.
Bei Abnahme von 500 Stück portofrei unter Nachnahme.
Aug. Cardinal, Zigarrenfabrik,
Niederbessen - Bad Deynhausen.

Erfahrener Tischler
zum Zusammenlegen von Journieren und Intarsien für dauernde Arbeit gesucht.
Werkstätten Bernard Stabler, Paderborn.